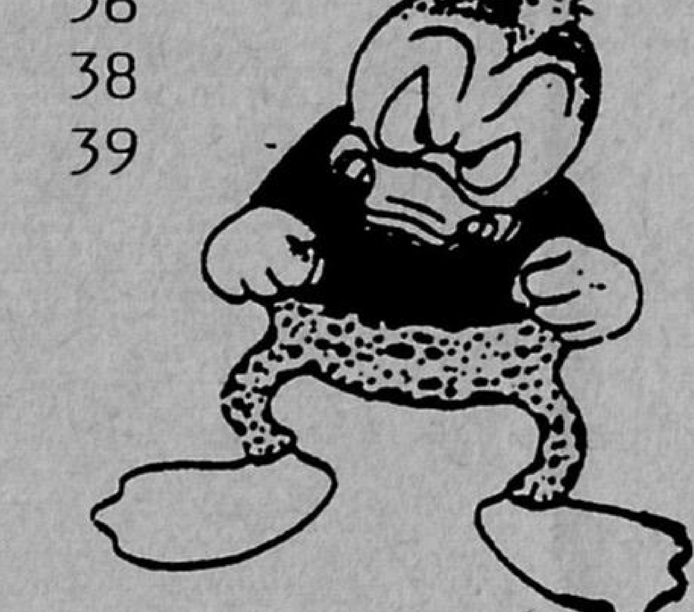


Nr. 165

17. Oktober '91

Nach den drei Papieren zur Hoyerswerda-Demo in der letzten Ausgabe kommen heute nochmal 8 Beiträge dazu. Neben Wut und Anmache auch eher der Versuch, die Diskussion weiterzubringen. Die anfängliche Diskussion über den Verlauf der Demo weitet sich zu einer grundsätzlichen Debatte über autonomes Selbstverständnis aus, allerdings ist für uns die Frage offen, ob sich diese Diskussion von vorhergehenden zu diesem Thema unterscheidet und neue Ergebnisse bringen wird. Letzteres würden wir natürlich aufs Schärfste begrüßen. Begrüßenswert finden wir schon mal, daß sich die Flüchtlinge selber mal zu Wort melden.
Weiter findet sich im Heft noch der zweite Teil von "Zwischen Verwertung und Sozialrevolte", immer noch zur inhaltlichen Vorbereitung der am 30.10. hier in Berlin stattfindenden Innenministerkonferenz. Über geplante Aktivitäten ist bislang leider noch nichts zu hören.

Inhalt



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch

Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags.** Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

APPELL DER FLÜCHTLINGE AUS HOYERSWERDA

Wir entschuldigen uns dafür, euch BerlinerInnen im Besonderen und die Deutschen im Allgemeinen, mit einer Anfrage, die wir Euch heute unterbreiten, zu belästigen. Einerseits scheint es wie eine Belästigung, anderseits ist es berechtigt und unbedingt notwendig, Euch diese Anfrage bedenken zu lassen. Wir sind die Flüchtlinge aus Hoyerswerda, die während unseres Aufenthalts dort sehr schlecht von der Bevölkerung behandelt wurden und schließlich von sogenannten Skinheads gewalttätig aus unserem Flüchtlingsheim gejagt wurden - grundlos, wie diese sehr wohl wußten.

Wir mußten Schutz finden. Es gab keinen anderen Platz zur Flucht als Berlin, wo unsere momentane Sicherheit durch die große Hilfe einer Kirchengemeinde und die beständige Arbeit autonomer Gruppen gewährleistet ist.

In dieser Situation ist unserer einziger Appell an den Berliner Innensenat, daß der Innensenator Verständnis für unsere Umstände aufbringe und uns als Flüchtlinge in seinem Verantwortungsbereich aufnehme.

Noch stärker ist unser einziger Appell an die Öffentlichkeit, uns als Menschen zu sehen, die ihre Heimatländer verlassen mußten, um für uns gefahrvolle Situationen zu vermeiden, und uns deshalb etwas Gastfreundschaft und Herzlichkeit entgegenzubringen.

Wir freuen uns über jede Art der Unterstützung.

Es ist unsere tiefe Hoffnung, daß dieser Appell auf offene Ohren stoßen wird, Wir vertrauen auf Euere Kooperation und Herzlichkeit.

Danke,
Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen - Am Hirschsprung 35 1/32

Demo gegen Rassismus in Hoyerswerda am 29.9.91

Papier der Demo-Vorbereitungsgruppe

Mit diesem Papier wollen wir einen Beitrag für die Diskussionen geben, die nach der Demo entbrannt sind. Wir wollen die Entscheidungen und Einschätzungen transparent machen, so wie für uns die Demo abgelaufen ist. Wir machen das als "Demo-Vorbereitungsgruppe", obwohl es uns als diese Gruppe eigentlich gar nicht mehr gibt - und wir durchaus Widersprüche untereinander haben. Wir wollen, daß Kritik und Fehler im Zusammenhang der Demo mithilfe dieses Papiers klarer benannt werden können, und sich dadurch hoffentlich eine breitere und genauere Diskussion über politische Konzepte für den Kampf gegen die Nazi-Offensive und den staatlich geschürten Rassismus ergeben, und auch über die fraktionierte und geschwächte Szene hierzulande.

1. Voraussetzungen und Vorbereitungen

Nach den 5-tätigen pogromartigen Angriffen auf Flüchtlinge und Arbeitsmigranten in Hoyerswerda gab es erst in der Nacht auf Sonntag den 22.9. eine spontane Mobilisierung in Berlin, am Sonntag kamen wir so zum ersten Mal an den Ort des Geschehens. Aus dieser Erfahrung ist die Idee entstanden, am darauffolgenden Sonntag nochmals in Hoyerswerda zu demonstrieren, dieses Mal als überregionale Großdemo. Ausgangspunkt war, daß die Pogrome in Hoyerswerda überregionale Bedeutung angenommen hatten, in dem Maße, wie die Nazis nun Hoyerswerda als erste "ausländerfreie Stadt" für sich reklamierten. Das erfolgreiche Zusammenspiel von staatlich organisierter Flüchtlingshatz, von den Nazi-Angriffen auf Flüchtlingsheime und von rassistischen AnwohnerInnen, die die Überfälle unterstützten, drohte auch anderwo Schule zu machen. Daher sollte die Demo ein überregionales Zeichen setzen: Wir lassen diese rassistische Entwicklung nicht zu, weder in Hoyerswerda noch anderswo. In der Vorbereitungswoche gab es drei VV's dazu, auf denen das Demokonzept mühsam Gestalt annahm.

Anliegen der Demo war, den rassistischen Burgfrieden in Hoyerswerda - und der ging von CDU/DSU bis zu PDS, Grüne und Jugendclub - zu durchbrechen, die Rassisten einzuschüchtern und Gegenpole gegen die Nazis zu unterstützen. Wir hatten während der Vorbereitungszeit mitbekommen, daß es in Hoyerswerda keine einheitliche rassistische Haltung in der Bevölkerung gab. Wir hatten einzelne getroffen, die entsetzt waren über die Überfälle auf die Arbeitsmigranten und Flüchtlinge, und die zum Teil selbst Prügel von den Nazis bezogen hatten.

Daraus ergab sich folgendes Demokonzept: Angriff und Zuschlagen, wenn Nazis auftauchen, kein Fußbreit den Nazis. Weiter: Einschüchterung derjenigen, die mit den Nazi-Angriffen sympatisiert und ihnen geholfen haben. Kritik der "schweigenden Mehrheit", die mit ihrer Gleichgültigkeit das Feld den Nazis überlassen hat. Und schließlich Ermutigung derer, die über die Angriffe entsetzt waren, die aber aufgrund von Angst und mangelnden Organisationsansätzen bisher nicht in der Lage waren, sich zu artikulieren und den Nazis was entgegenzusetzen.

Realisiert werden sollte das Demokonzept u.a. durch: Massenhaftes Verteilen von Hauswurfsendungen, d.h. Argumente zum Knacken rassistischer Stereotype. Massenhaftes Sprühen und Verkleben von Plakaten. Eine Demo, aus der heraus sich immer wieder Gruppen lösen könnten zum Plakatieren usw. Insgesamt sollte es auch zu einer Demonstration der militanten antifaschistischen Stärke auf der Straße werden. So war klar, daß viele DemoteilnehmerInnen mit Knüppeln usw. kommen würden.

Wir rechneten damit, daß die Bullen diese Demonstration nicht schlicht zulassen würden. Vorbereitet waren wir auf eine Situation, in der die Bullen oder die Nazis den Konvoi angreifen würden. Nicht adäquat waren wir auf den Versuch der Bullen eingestellt, die Demo schon zu Beginn zu zerschlagen.

2. Ablauf der Demo

Die Demo sollte um 14 Uhr beginnen. Um 13 Uhr hatten wir ein Gespräch mit dem stellvertretende Einsatzleiter der sächsischen Landespolizei. Er sagte uns, daß sich während der gesamten Demo die Polizei und der BGS außer Sichtweite halten würden.

Um 13.45 stellte sich aber heraus, daß der BGS die Thomas-Müntzer-Str. gesperrt hatte, und zwar direkt vor dem Flüchtlingswohnheim, dem Ort, wo die Demo beginnen sollte. Der BGS-Einsatzleiter, ein

gewisser Bruck, stellte der Bullen-Einsatzleitung gegenüber klar, daß er seine Truppen nur auf schriftlichen Befehl wieder abziehen würde.

Als die Demo in der Thomas-Müntzer-Str. losgehen sollte und auf die Sperre traf, bot sich uns folgendes Bild: Eine Kette BGS-Bullen, und direkt um die Ecke 2 oder 3 Wasserwerfer, BGS-Truppen und eine SEK-Einheit. Hätten wir an dieser Stelle einen Durchbruchversuch gemacht, wäre es zu einer sehr großen Konfrontation direkt vor dem Flüchtlingsheim gekommen. Wir nahmen an, daß die Bullen genau solche Bilder haben wollten: Einmal die Nazis, dann die Autonomen, die Krawall machen vor dem Flüchtlingsheim, und der Staat als "neutraler" Ordnungsfaktor. Wir wären dafür gewesen, die Demo an jeder anderen Stelle militant durchzusetzen, aber nicht mit einer großen Schlacht vor dem Flüchtlingsheim, und auch nicht - am Ende der Demo - vor dem Arbeiterwohnheim der Migranten.

Die Demo stand vor der Sperre, und der BGS formierte sich mit mehreren Reihen und ihren Geräten und Fahrzeugen in der Th-Müntzerstr. Je länger wir dort warteten und von der Einsatzleitung den Abzug des BGS forderten, desto bedrohlicher wurde die Situation, desto klarer wurde es, daß es dem BGS um die Zerschlagung der Demo vor dem Flüchtlingsheim ging. Teile der Demonstration wollten dem BGS zu Recht nicht mit leeren Händen gegenüberstehen und fingen an zu buddeln.

Für die Leute am und im Lautsprecherwagen wurde die Lage unübersichtlich. Die Verbindung zwischen Lautsprecherwagen und Demospitze war zweitweise unterbrochen. Auf dem Weg zur Müntzerstr. riefen ein Teil der militanten Aktionen Konflikte innerhalb der Demo hervor. Beim Halt vor der ersten Bullenkette entstand für die Leute im Lautsprecherwagen der Eindruck, daß die Demo vor den Augen der Bullen auseinanderfällt. In dieser Situation wäre es richtig gewesen, die Demonstration über die Bedeutung der BGS-Falle zu informieren und auf ein geschlossenes Auftreten gegenüber dem BGS hinzuwirken. Stattdessen kamen Aufforderungen, Ruhe zu bewahren und der böse Satz: "Wer jetzt Steine buddelt, stellt sich außerhalb der Demo." Das war ausgrenzend, verschärfte die Desorientierung und verschärfte die Konflikte in der Demo. Eine solche Distanzierung gehört grundsätzlich nicht auf unsere Demos. Als die Entscheidung fiel, als Demo umzudrehen und die Sperre einfach zu umgehen, um der großen Konfrontation direkt vor dem Flüchtlingsheim aus dem Wege zu gehen, vermittelte sich das nicht über den Lautsprecherwagen.

Die gesamte Demo drehte schließlich um und sollte um einen Häuserblock herum die alte Demoroute erreichen. Wäre die Demo auch nur eine Minute schneller gewesen, wäre sie vor dem BGS dort auch angekommen. Der war aber schneller, baute sich auf der gesamten Straße auf und traf alle Vorbereitungen, die Demo frontal anzugreifen. Die Straßenschlacht begann, z.T. konnten die BGS-Bullen zurückgeschlagen werden. Die Wasserwerfer drängten dann jedoch die Demo ein Stück zurück und ein Durchbruch dort schien immer unwahrscheinlicher. In der Situation gab es Unsicherheiten und auch Ratlosigkeit rund um den Lautsprecherwagen und in der Demo-Vorbereitungsgruppe. Zudem waren wir in der Hektik nicht in der Lage, verschiedene Vorschläge zu besprechen und darüber zu entscheiden: Sollten wir nochmals umdrehen und einen neuen Anlauf versuchen, diesmal schneller und besser organisiert? Sollten wir einen neuen Treffpunkt im Zentrum der Neustadt ausrufen? Sollten wir "frei fluten" oder als illegale Demo - dann ohne den Lautsprecherwagen - weitermachen?

Die Demo-Vorbereitungsgruppe hielt es in dieser Situation nicht mehr für möglich, die Demo in einer geschlossen-organisierten Form weiterzuführen, die Entscheidung zur "Auflösung" sollte einem Agieren in selbständigen Gruppen den Weg öffnen. Stattdessen rief die Durchsage große Verwirrung hervor, befanden wir uns doch in einer Stadt, in der sich niemand von uns gut auskannte und ein Bewegen in selbständigen Gruppen völlig unrealistisch aussah.

Wir zogen uns dann geschlossen bis zur nächsten Straßenkreuzung zurück, um zu beraten, und fordern den BGS auf, sich zurückzuziehen. Es bildete sich ein größerer Abstand zwischen der Demo und dem BGS.

So entstand die große Verhandlungs- und Beratungspause. Die VertreterInnen von 10 Städten aus Westdeutschland sagten, daß sie auf einen militanten Durchbruch an dieser Stelle nicht vorbereitet, aber auf jeden Fall für die Fortsetzung einer geschlossenen Demo seien. Hätten die Bullen an dieser Stelle nicht nachgegeben, wäre die Demo umgekehrt und hätte einen Block weiter versucht, die alte Demoroute zu erreichen - so der Beschluß des Städteplenums.

Mit dem plötzlich zum ersten Mal aufgetauchten Einsatzleiter der sächsischen Landespolizei, einem gewissen Paschek, begannen nun die Verhandlungen, öffentlich, in Anwesenheit von Presse und Fernse-

hen. Wir bestanden auf der Durchführung der Demo so wie geplant, d.h. Abzug des BGS und Bullen außer Sichtweite. Der politische Preis der Zerschlagung unserer Demo wurde während der Verhandlungen immer höher: Die Entschlossenheit und Militanz der Demo stand nicht zur Disposition, im Gegenteil, wir würden die Demo in jedem Fall durchsetzen. Der politische Preis wurde auch dadurch hochgeschraubt, daß Menschen aus Hoyerswerda sich mit den Demogruppen vermischten und mitdemonstrieren wollten. Und dann wollten zwei, drei Pfarrer ganz vorne in der Demo mitgehen... alles das hat sicher mitgespielt bei der Durchsetzung der Demo.

Erleichtert wurden die Verhandlungen dadurch, daß wir den BGS gegen den Einsatzleiter der sächsischen Bullen ausspielten. Der Einsatzleiter verfügte anscheinend bisher nicht über vollen Einsatzbefehl gegenüber dem westdeutschen BGS und zeigte sich nicht einmal über den Aufbau und die Provokation des BGS in der Th.Müntzerstr. informiert. Wir benutzten die Verhandlungsrunde, um vor der Presse nochmal das politische Anliegen der Demo zu formulieren und darauf hinzuweisen, daß der BGS die Demo zu zerschlagen versuchte.

Während der Beratungen und Verhandlungen veränderte sich die Demo. Vom Lautsprecherwagen aus berichteten Leute aus verschiedenen Städten über ihre antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten, von autonomen AntifaschistInnen aus Wuppertal über eine Flüchtlingsinitiative und einem IG-Metall-Kollegen aus Frankfurt bis hin zu jemandem vom MieterInnenverein Berlin. Einige AnwohnerInnen ließen von den Balkons Körbe mit Getränken und Fressalien herab, einige kamen herunter, es begannen Gespräche untereinander und dann wollten etwa 30 junge Leute aus Hoyerswerda die Spitze der Demo übernehmen. Sogar das Leittransparent haben sie etwas später übernommen und Durchsagen durch Megafone und den Lautsprecher gemacht: Aufforderungen an die AnwohnerInnen, mitzulaufen, wenn sie ihren Protest gegen die rassistischen Angriffe artikulieren wollen, und Aufforderungen an DemonstrantInnen aus Hoyerswerda und von außerhalb, sich am 3.Oktober zu einer Gegendemo gegen die Nazis zu treffen.

Die mitdemonstrierenden Leute aus Hoyerswerda brachten eine neue Dynamik in die Demo. Tatsächlich hat die Demo für alle sichtbar da etwas in Hoyerswerda selbst angeschoben, eine mutige Sache war es, sich dort in den ersten Reihen zu zeigen. Und es entstand ein wechselseitiger Lernprozeß: Wir waren nicht mehr die von außen Eingefallenen, nicht mehr ein Störfaktor, sondern kriegten Bedeutung für manche Leute in Hoyerswerda. Und unser Bild von Hoyerswerda veränderte sich. Zu unserer Wut kam nun die Wahrnehmung konkreter Brüche in der Bevölkerung in Hoyerswerda. Wir waren zwar davon ausgegangen, daß es diese Brüche gibt, jetzt waren sie aber offengelegt und etliche Leute anders ansprechbar.

Bei aller Euphorie blieb aber eine gespannte Aufmerksamkeit in der Demo. Nach wie vor kamen auch rassistische Rufe von Balkonen und flogen Flaschen u.a. in Richtung Demo. Mal gezielt, manchmal etwas ungenau wurde gegen solche Leute vorgegangen.

Bei Einbruch der Dunkelheit erreichten wir das Arbeiterwohnheim in der Külzstr. Eine Kette Bullen der sächs.Polizei war auf der Külzstr. aufgestellt, auf der Höhe der Wohnungen der Mozambikaner und Vietnamesen. Die Bullen verschwanden nicht "außer Sichtweite", obwohl sie den Einsatzbefehl dazu hatten, und hielten die Demo kurz vor der Abschlußkundgebung auf. Zeitgleich hatte sich der BGS im Rücken der Demo in Bewegung gesetzt. Wir gingen davon aus, daß die Bullenkette vor uns zum Verheizen da war, damit anschließend der BGS von hinten eingreift und die Demo vor ihrem Abschluß genau vor dem Arbeiterwohnheim aufmischt. Also wieder: Dasselbe Bild der großen Konfrontation, gestern Nazis, heute die Autonomen vor dem Arbeiterwohnheim. Ihre Taktik löste sich mit dem gewaltsamen Zurückdrängen dieser Bullenkette einfach auf. Eine starke Abschlußkundgebung dann, große Geschlossenheit, vor dem großen Wohngebäude auf dem Gehweg, auf der breiten Straße bis zur anderen Seite: Nazis vertreiben, Ausländer bleiben! Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord, Bleiberecht für alle jetzt sofort! Ein Moment der Verbundenheit, oben auf den Balkonen Vietnamesen und Mosambikaner, winkend, und unten Power, hoch die internationale Solidarität.

3.Unterschiedl.Herangehensweise an die Demo

Trotz der VV's in der Woche zuvor war das Demokonzept, das an den Unterschieden zwischen Nazis / beifallklatschenden Rassisten / schweigenden, gleichgültigen Leuten / nichtartikulierter Opposition ansetzen wollte, nicht völliger Konsens, wie sich auf der Demo und auf der Nachbereitungs-VV zeigte. Einige Leute wollten als "Strafexpedition" nach Hoyerswerda fahren, in diese Stadt, die ihrer Mei-

nung nach zu 90 oder 99% aus Nazis besteht. Ihr Konzept: (Fast) alle dort angreifen, (fast) alle einschüchtern, als abschreckendes Beispiel für andere Städte. Und wir selbst geben zu, daß das Zerschlagen von Nazibanden eindeutig bestimmt ist, aber die zielgenaue Repression gegen Rassisten, gegen Leute, die sich aktiv an den Überfällen beteiligt haben, in der Praxis nicht so einfach ist und weitere Diskussionen erfordert.

Wir denken, daß wir die Erfahrungen der Demo in Hoyerswerda weiterdiskutieren müssen, genau wegen dieser Diskrepanzen, und weil wir mit einer Demo nicht die Offensive des Staats und der Nazis durchbrochen oder aufgehalten haben.

Wir halten es für wichtig, die Kritik aneinander genau zu benennen und sich nicht mit Totschlagbegriffen voneinander abzugrenzen. Und wir sollten im Kopf behalten, daß wir eine gemeinsame Kritik an denen haben, die meinen, mit "gewaltlosen" Mitteln gegen Nazis vorgehen zu können. So haben wir mit dem Flugblatt, das auf der Nachbereitungs-VV verteilt wurde, nichts zu tun. Wir finden das Flugblatt denunziatorisch, wegen der Unterstellungen und der Benennungen von Organisationen - ganz zu schweigen von den politischen Inhalten des Flugblatts.

Außerdem wird von Tag zu Tag dringender, die staatlichen Instanzen, die die rassistische Hetzkampagne schüren und koordinieren, direkt anzugreifen. Dieses Moment ist bei der Demo zu kurz gekommen.

Zum Artikel "RK/RIM, die VV, Hoyerswerda-Demo" Interim 164

Mir geht's wie dir, auch ich kann gar nicht mehr soviel essen wie ich kotzen möchte - allerdings beim lesen deines Artikels!
Der ist derart diffamierend und denunziatorisch, wie ich es bisher nur von der taz oder Springer-Presse kannte. Wenn die RK für dich zum Abschuß freigegeben sind, indem du sie öffentlich denunzierst, an den Krawallen in HY beteiligt gewesen zu sein und forderst, sie von jeglichen VVs, Demos und Aktionen auszuschließen, solltest du schon ein paar andere Begründungen auffahren. Sowas ist üblich bei Bullen und ähnlichen Schweinen. Die RK sind aber eine revolutionäre Gruppe und als solche zu behandeln. Daß die RK eine Menge Scheiße gebaut haben, ist ja wohl klar. Aber ihnen vorzuwerfen, sie würden auf Kritik keine konstruktive Antwort geben und nicht kompromißbereit und fähig zur Selbstkritik sein, und dabei selbst kein bißchen selbstkritisch oder kompromißbereit völlig subjektiv ein paar Aufzählungen hinknallen, die so total falsch sind, das geht zu weit. Die politischen Meinungsäußerungen, die deiner Meinung nach "einfach nicht mehr im Rahmen dessen sind, was du irgendwie als revolutionäre Theorie begreifen kannst", sind völlig beliebig aneinander gereiht und teilweise einfach Lüge. Z.B. steht im Prozeßflugi von Ayhan Öztürk nicht im Entferntesten, daß ein Fascho-Aufmarsch von der Regierung geplant und dirigiert wurde. Und ob die Schweine als Powers oder HERRschende bezeichnet werden ist ja wohl schnurz.

Deine Aufzählung von auseinandersetzungen mit den RK ist eher ein Beleg für deine Unfähigkeit zu Selbstkritik und Kompromissen. Wenn zwei revolutionäre Gruppen mit Knüppeln aufeinander losgehen, trägt bestimmt nicht nur eine der beiden Gruppen die Alleinschuld! Die RK vereinnahmen und funktionalisieren Demos, das ist richtig. Ich kann die RK aber verstehen, wenn sie auf solche "Kritik", wie du sie außerst, nicht eingehen. Was die RK-Typen und auch Frauen auf der 8.3.-Demo gebracht haben, finde auch ich nicht hinnehmbar. Aber ich bezweifle, daß ihnen das irgendwer in angemessener Form gesagt hat.
Du verdrehst schlicht die Tatsachen, wenn du den Konflikt, der auf der HY-Demo aufgebrochen ist, als Konflikt zwischen Autonomem und RK darstellst. Dein Trennungsstrich, den du durch das Mao-Zitat forderst, müßte quer durch die eigenen Reihen laufen, zwischen Autonomen und Kids, die militant auf der Straße agieren und zwischen Autonomen, die diese Phase schon hinter sich haben. (Noch ein Tip: wenn du unbedingt einen Trennungsstrich ziehen willst, dann radier doch erstmal den Trennungsstrich zwischen dir und AL und Konsorten weg!)
Revolutionäre Politik heißt Bündnisse eingehen mit anderen revolutionären Gruppen. Wenn wir das nicht tun, bleiben wir immer und ewig der kleine isolierte Haufen, der wir sind. Bündnisse eingehen setzt Kompromißbereitschaft und Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik vorraus. Wichtig ist dabei, daß eigene Standpunkte nicht auf Kosten eines Bündnisses aufgegeben werden. Das ist gewiss nicht leicht, aber wir haben es auch so gut wie noch nie versucht. Wenn wir ständig Gruppen, die von unseren heiligen autonomen revolutionären Vorstellungen abweichen, bekämpfen, kommen wir nie nie auf einen grünen Zweig. Revolution ist kein Zuckerschlecken, und eine Bilderbuch-Revolution nach autonomen Vorstellungen, wo keine Unbeteiligten gefährdet werden und nur 100%-astrein-vermittelbare Aktionen laufen, wird es nie geben.

ALLES, WAS UNS FEHLT, IST DIE SOLIDARITAT!
-Rio Reiser-

Auch ein Autonomer, Berlin 11.10.

P.S.: Ich finde es fatal, wenn die Interim Texte abdruckt, in denen Menschen denunziert werden.

HOYERSWERDA-oder sind sie nicht willig, so brauche ich Gewalt

Die einen wollten Hoyerswerda plattmachen, da es sich um ein Kaff mit 70000 Faschisten handelt. Die anderen wollten Zeichen setzen, diejenigen unterstützen und den wenigen Mut machen, die gegen Pogrome und Ausländerhaß sind. Das heißt, absolut unterschiedliche Einschätzungen, Herangehensweisen, Absichten zu haben. Wenn dies in einer Aktion überhaupt zusammenzubringen ist, dann selbstverständlich nur auf dem Hintergrund von klaren Absprachen. Dies ist von den Organisatoren gezielt vermieden worden, die für sich in Anspruch nehmen, die Fäden in der Hand zu halten und das Ganze schon managen zu können: die Masse der Demonstranten als Fußvolk, bewußt im Unklaren gelassen. Die erstaunlich offene Selbstkritik der Demo-Leitung auf der Montags-VV sparte den wesentlichen Fehler aus, nämlich eine Demonstration mit zwei sich ausschließenden Zielrichtungen organisiert zu haben, ohne im Vorfeld einen notwendigen Minimalkonsens herzustellen. Wir fühlen uns von dieser selbsternannten Funktionärskaste vollständig verarscht und funktionalisiert. Ein Großteil der Demonstranten wäre unter diesen Voraussetzungen, die nur einem inner-circle bekannt waren, niemals zu dieser Demo gefahren. Da die Politfunktionäre es also nicht für notwendig hielten, sich mit allen Gruppen auf eine gemeinsame Vorgehensweise zu verständigen, sehen wir die Schlägereien vor der Bullenkette, die brutalen Knüppelübergriffe auf Leute, die eine andere Meinung äußerten, die Bedrohungen etc. in einem etwas anderen Licht, ohne aber auch nur einen einzigen dieser unglaublichen Vorfälle in irgend einer Art zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen. Sowas läuft nicht, mit so einer Tour dürfen Leute niemals etwas untereinander durchsetzen können. Wir lassen uns durch dieses gewalttätige und aufgeplusterte Gehabe nicht einschüchtern und beugen uns auch nicht davor. Es kann unter keinen Umständen angehen, daß sich Demonstranten untereinander prügeln, daß Meinungsverschiedenheiten, insbesondere vor Bullen und uneinschätzbarem rechten Mob, mit dem Knüppel "geklärt" werden. Beleidigungen, Drohungen und körperliche Gewalt können

nicht das Mittel der Auseinandersetzung zwischen antifaschistischen Demonstranten sein.Wir lassen uns nicht von Genossen beleidigen und bedrohen, die Recht zu haben meinen, weil sie angeblich stärker sind.

Hier einige verbale Kostproben von der Nachbereitungs-VV:

- der das Flugblatt geschrieben hat, den schlag ich tot
- wir wollen Blut sehen
- wenn ihr Krieg wollt, dann könnt ihr den haben
- es ist doch in Ordnung, wenn jemand draufgeht
- es gibt keine eigenen Leute, es gibt keine eigenen Reihen
- die Zeit der ungeschriebenen Gestze ist vorbei
- ihr seid Feiglinge, Schweine, Fotzen, Kapitulanten
- ihr seid die Faschisten
- wenn ihr euch nicht mit den Kids beschäftigt, kriegt ihr dafür die Quittung

Viele haben die VV frühzeitig verlassen, da sie nicht bereit waren sich dieses Affentheater länger reinzuziehen. Anstatt die von Beginn an rumschreienden, alles niederbrüllenden Provokateure rauszuschmeißen (nicht um sie zu isolieren, sondern um klar zu machen, durch nackte Drohungen werdet ihr uns nicht dazu zwingen mit euch etwas zusammen zu machen, mit euch zu reden) wurde nach reichlich erhitzten Auseinandersetzungen so getan, als ob es die Übergriffe, die eingeschlagenen Schädel nicht gegeben hätte. Nochmal, es geht nicht darum die gewalttätigen Rumschreier zu isolieren und schon gar nicht die Kids auszugrenzen, die sollen auf jeden Fall mit uns zusammenkommen. Aber wir nehmen es nicht hin, daß auf Grund von massivem Gewaltandrohungsdruck, der im übrigen von durchweg älteren und erfahrenen Leuten angeheizt und gepuscht wird, mit ihnen diskutiert wird. Sämtliche Grundprinzipien libertärer Politik werden über den Haufen geworfen, und damit sagen mit Recht einige Sympathisanten: " mit den Autonomen wollen wir nichts mehr zu tun haben, die sollen doch ihre Scheiße alleine ausbaden, wenn sie sich jetzt schon gegenseitig auf die Fresse hauen". Gerade in der heutigen Zeit wäre es doch bitter nötig sich zusammenzuschließen, zusammen zu kämpfen!! Aber nein, weil wir ja so super stark und viele sind, müssen wir uns jetzt spalten und etliche Leute verprellen. Wir möchten, daß sich doch alle Beteiligten mal ein bißchen zusammenreißen, sich fragen worum geht's hier eigentlich, was wollen wir. Daß die Anheizer einsehen, was für eine grobe Scheiße sie gebaut haben, dies so nicht geht, nicht hingenommen

wird und vor allem nicht mehr vorkommen darf. Und wenn sie das nicht ein-ehen, müssen sie eben doch isoliert werden. Wir wollen auf jeden Fall die ids auf unserer Seite haben; das war schon lange ein Ziel und auch erklärte olitik und einige Leute haben das praktisch umgesetzt. Offensichtlich kam abei die Vermittlung:"was wollen wir, wie gehen wir miteinander um?" etwas u kurz. Da gibt es einen Unterschied ob ausländische Kids, die im Slum ufwachsen und dadurch von vorneherein diskriminiert und chancenlos sind, ier mit dem totalen Haß rumrennen und auf der anderen Seite die sogenannten utonomen nebst Anhang, zum größten Teil weiße Deutsche, viele aus dem bür-erlichen Milieu kommend, viele Studenten, die angetreten sind die Welt zu erbessern. Diese gravierenden Unterschiede sind sicherlich nicht unüber-rückbar, eine Verständigung muß unbedingt stattfinden, aber nicht aufge-wungen durch Gewaltandrohung. Wir sind dagegen faule Kompromisse zu machen, n sich dann gegenseitig zu funktionalisieren. Wir sind ebenfalls dagegen, eil man selber zu schwach, zu alt, zu feige ist, andere Leute einerseits ie "Drecksarbeit" machen zu lassen, ihnen dann andererseits deswegen Frei-riefe für Denken, Handeln und Verhalten auszustellen und unter dem bezeich-endem Motto:"wir brauchen euren Mut und ihr braucht unsere Schlauheit" igene Prinzipien aufzugeben.

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN.

SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!!!!!


Voller Zorn, einige Militante

Hamburg, 8.10.91

Liebe GenossInnen,

im Zusammenhang mit dem Konstrukt gegen Knud und Ralf ist jetzt die Anklageschrift raus. Damit hat sich die Zuständigkeit und somit die Postadresse der beiden geändert : Landgericht Itzehoe, 5. Strafkammer, Breitenburgerstr. 68, 2210 Itzehoe.

Solidaritätsgruppe Knud und Ralf
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 36



AN ALLE BETONKÖPFE und all diejenigen, die sich militant gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus und Staatsgewalt zur Wehr setzen!

Eine Antwort auf die Artikel von Antifasist Eylem und Militante Antifaschistische Jugend

Wir finden es toll, daß ihr keine Zurückhaltung gegenüber Bullen und Nazis übt.
Wir finden es toll, daß ihr euch gegen ungeheuerliche Beschimpfungen wie Betonköpfe und Macker wehrt.
Wir finden es toll, daß ihr endlich klarstellt, daß altgewordene Autonome und Reformisten ein und der selbe Haufen sind. Nur wer den radikalen Kampf auf der Straße und den direkten Angriff gegen Faschisten führt, ist ein Autonomer.
Wir finden es toll, daß ihr endlich Kameremännern klarmacht, daß sie sich für Portraitaufnahmen von Vermummten gefälligst ein paar gescheite Teleobjektive kaufen sollen.
Eure Eindeutigkeit und Klarheit ist knüppelhart, wie eure Argumente: Wer euch behindert, in Frage stellt ist nicht "aus unseren Zusammenhängen".
Wir danken euch für euren Scharfsinn und die Erkenntnis, daß wir in Hoyerswerda auch mit Rassisten demonstriert haben. Ihr habt den Charakter der Demo auf den Punkt gebracht: nur ein Protestmarsch als unbedeutendes Mittel demokratischer Auseinandersetzungsform.

Wir finden es einfach toll wie ihr das seht: die Demoleitung war einfach scheiße mit ihrer defensiven Haltung und Stimmungsmache. Damit wir nicht nochmal in so viel Scheiße hineintappen und gleich die richtige Linie finden, möchten wir euch um ein paar Dinge bitten:
- demaskiert und entlarvt die alten Autonomen und Reformisten schon im Vorfeld, damit wenigstens der gröbste Schaden von uns ferngehalten wird
- übernehmt ihr ganz konsequent die Demoleitung und -vorbereitung
- bestimmt ihr den Charakter der nächsten Antifademos und zeigt allen wer Freund und Feind ist
- zeigt ihr allen, was es heißt, die Steine zu finden, den Feind zu treffen und nach den Sternen zu greifen

Ein paar, die die richtige Linie finden wollen, Autonome sein möchten und als Antifaschisten kämpfen wollen.

EIN AUTONOMER ...

Nach den letzten VV's, der Demo in Hoyerswerda, den Auseinandersetzungen vor der Demo vom 3. Oktober und nach deren Versuch, möchte ich ein paar Dinge mit möglichst vielen Leuten diskutieren. Ich fange mit einem etwas persönlicheren Teil an, in der Hoffnung, daß der Rest dadurch verständlicher wird.
Ich bezeichne mich immer noch als Autonomer und Antifaschist, genau in dieser Reihenfolge. Schreiben werde ich in der Ich-Form, denn ich verstehe die politischen Zusammenhänge in denen ich arbeite primär als Zusammenschluß einzelner Menschen mit unterschiedlicher Geschichte, die sich in einigen Punkten in gemeinsamem Denken und Handeln treffen. Ein Teil meiner Utopie ist es, gemeinsames Denken und Handeln, das voneinander und miteinander Lernen auf die Alltäglichkeit auszudehnen (bzw. von dort auszugehen). Der Rahmen für so etwas wäre z.B. eine große WG mit vielen Leuten, große helle Räume, viel Grün drumrum, in der Metropole, keine Maloche und Miete, und viele von solchen WGs. Da jedoch dieser Rahmen noch nicht einmal eine Selbstverständlichkeit ist, und da wo er vorhanden ist, die Menschen darin nur noch zu Aasfressern ihrer eigenen Geschichte werden, gibt es noch ne Menge zu erkämpfen. Für mich heißt das im Augenblick, daß sowohl WG als auch Politgruppe Motor für eine gemeinsame Geschichte sind, entwickelt in der Auseinandersetzung mit diesem System für eine Abschaffung desselben. Ich kann und will im politischen Kampf keine Distanz oder Negierung meiner persönlichen Geschichte betreiben, sie ist und bleibt immer ein Teil davon. Das was ich unter kämpfen verstehe und das worum ich kämpfen will, hat sich im Laufe einer langen Zeit in der Auseinandersetzung in verschiedenen Gruppen und der Auseinandersetzung unter den Gruppen herausgebildet. In diesem Versuch etwas auf die Beine zu stellen sind bestimmte Grundprinzipien heraus gekommen, die nicht mehr ständig reklamiert werden aber bislang immer noch Gültigkeit besessen haben.
Möglicherweise müssen wir unsere autonomen Prinzipien und Strukturen neu überdenken, sie an den Aktualitäten überprüfen und womöglich neu erarbeiten. Ich hätte gerne ne Auseinandersetzung genau darüber und werde im Folgenden ein paar bislang wichtige autonome Prinzipien benennen.

- Keine Zusammenarbeit mit Bullen, Medien, Parteien und dogmatisch autoritär bis stalinistisch orientierten Gruppen

Dies ist sowohl eine Erfahrung aus den Versuchen von Bündnispolitik (z.B. im Häuserkampf in Berlin Ende der 7oer Anfang der 8oer Jahre), als auch der klaren Erkenntnis von den Machtstrukturen dieses Systems (z.B. Bullen als Ausdruck, Symbol der strukturellen Gewalt, genauso wie Gropiusstadt etc) Unser Verhältnis zu Bullen, Medien etc war immer ein rein taktisches.

- Wir begreifen uns nicht als AufklärerInnen, PropagandistInnen und BesserwisserInnen. D.h., daß wir keine StellvertreterInnenpolitik- und Kämpfe führen.

- Unsere Kampfmittel und -methoden bestimmen wir selbst. Die Bandbreite mißt sich immer an dem, was wir erreichen wollen, gemeinsam. Vom taktisch motivierten Verhandeln bis zu militanten Auseinandersetzung ist alles drin. Folgerichtig führen wir keine Gewaltdiskussionen, denn alle Widerstandsformen sind erlaubt, müssen sich allerdings auf ein gemeinsames Wollen hin ausrichten.

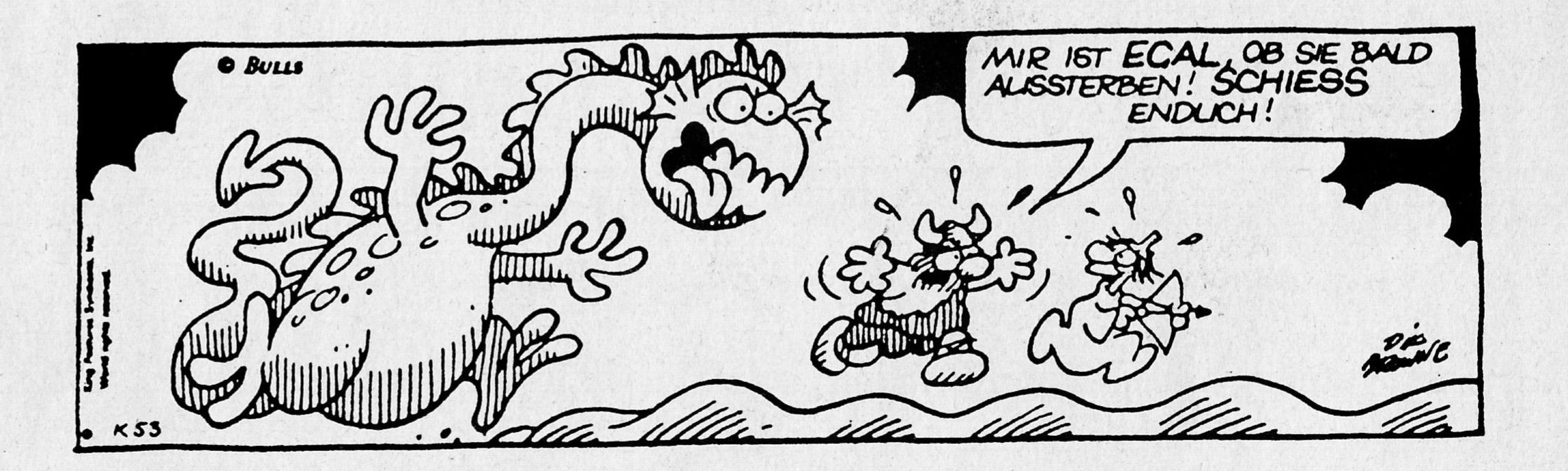
- Es gibt kein Anerkennen von Hierarchien und FührerInnen, d.h. z.B. es gibt keine Demoleitung, wohl aber eine Demovorbereitung, die natürlich auch wesentlichen Anteil an der Demodurchführung hat.

- Komplex Großaktionen, Demos:
* Demovorbereitung wird immer geleistet von Gruppenzusammenhängen, d.h. auch der/die AnmelderInnen kommen aus diesen Zusammenhängen.
* Die Demovorbereitungsgruppe versucht ihre Interessen und Vorstellungen mit möglichst vielen politischen Gruppen abzustimmen und zu veröffentlichen.
* Mindestens eine VV wird einberufen, in der mit allen Interessierten über wenigstens folgende Punkte diskutiert wird und ein Konsens hergestellt wird:
+ Stand der Demovorbereitung
+ politische Einschätzung - wie notwendig, sinnvoll ist die Demo etc? - mit welchen Gegnern ist zu rechnen? - Wie sieht das politische Umfeld für solch eine Demo/Aktion aus? - Bullenstrategie?
+ unser Verhalten gegenüber Bullen
+ Charakter der Demo mit Fragen wie, wem wollen wir was rüberbringen, welches Interesse haben wir an der Vermittlung von Stärke und Militanz und wie sollte dann die Demo aussehen?
+Lautsprecherwagen und -schutz, erste Reihe, Demoblöcke
und überhaupt Demoordnung
+ kein Alk

Um deutlich zu machen, warum ich es wichtig finde über diese Punkte möglichst breit zu diskutieren, möchte ich ein paar Situationen aus der NachbereitungsVV von Hoyerswerda herausgreifen.

Es ist für mich ein Unding, daß sich Einzelpersonen hinstellen und erklären, sie hätten dies oder das durchs Mikro gesagt und jenes zu verantworten usw. Ich bin immer davon ausgegangen, daß es eine Selbstverständlichkeit für uns ist bei persönlichem Fehlverhalten zu allererst nach unseren Strukturen zu fragen. Denn es gab immer ein grundsätzliches Verständnis für Fehlverhalten Einzelner. Wichtig war uns immer danach zu fragen warum unsere Strukturen es nötig machen, Fehlverhalten Einzelner zu diskutieren. Die Frage war immer wie wir es besser machen. Es soll für uns keine Politik geben, die an einzelnen Leuten hängt, und tut sie das de facto ist es immer eine Schwäche von uns. Persönliche Überforderung muß immer aufgefangen werden von (einer) Gruppe/n und darf nicht zum ausschlaggebenden Element unseres politischen Handelns werden. Entwickeln sich Diskussionen untereinander zu einem Tribunal, und dann noch im öffentlichen Raum, ist wesentliches Minimalverhalten untereinander in Frage gestellt, ganz zu schweigen von dem Schutz Einzelner.
Für mich ist auch dadurch klar geworden, daß mit der Diskussion um autonome Prinzipien Umgangsformen und verantwortliches Verhalten angesprochen werden muß.
Nehmen wir uns die Zeit über all das zu reden und uns zu streiten.

Venceremos — ein Autonomer




Antifa
19.00
INFORMATION
UND
DISKUSSION
ZU
RASSISMUS
NEOFASCHISMUS
SO 36
22.00
SA 19.10
DISCO

Antwort auf Antifasist Eylem und Militante Antifaschistische Jugend in der Interim 164

Zum 1.Papier

Ich finde gut, daß ihr versucht, eure Sicht der Dinge in Form eines solidarischen Beitrages zur Diskussion darzulegen. Einige Anschuldigungen gehen aber etwas mehr, als auch bei einer erhitzten Debatte verständlich, über konstruktive Grenzen hinweg. Deshalb (und in Bezug auf den 2.Text) möchte ich mit einem Zitat einer schwarzen, [redacted] amerikanischen Genossin beginnen, um die allgemeine Richtung dieses Papers deutlich zu machen:

"Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revlutionärer Kampf eher wissenschaftlich als emotional ist. Ich sage nicht, daß wir nichts fühlen sollten, aber Entscheidungen können nicht auf Liebe oder Wut basieren. Sie müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, was rational und unemotional notwendig zu tun ist" (Assata Shakur)

Euer Hauptvorwurf an einen Teil der Autonomen ist, daß sie militante Aktionen generell ablehnen würden:

"Allen denjenigen, die sich militant ... zur Wehr setzen wird in den einschlägigen Szenepublikationen blinder Aktionismus unterstellt."

Aus meinem Verständnis von Militanz ergibt sich ein anderes Bild. Und zwar das, daß Militanz kein Selbstzweck ist, keine Garantie für den revolutinären INHALT einer Aktion, Demo etc., und daß Militanz in sehr verantwortungsvoller Weise "anzuwenden" ist. Dazu empfehle ich die Papiere zur tötung von Hanno Klein in diversen Interims.

Zu meinem Verständnis gehört auch, daß Militanz in bestimmten Situationen aus diversen Gründen unangebracht, falsch oder sogar kontraproduktiv sein kann. Zu diesen Kriterien zähle ich die Sicherheit Unbeteiligter, die der Militanten selbst, die Vermittelbarkeit der Aktion und ihre Verhältnismäßigkeit.

Es ging in KEINER Diskussion -egal ob schriftlich oder persöhnlich-, die ich mitverfolgt habe, grade auch im Komplex "Hoyerswerda", darum, Militanz grundsätzlich abzulehnen, sondern immer nur um die Kriterien, ob und welche Militanz in einer konkreten Situation anzuwenden ist.

Alles andere wäre tatsächlich reformismus à la TAZ. Sowas ist aber nicht vorgekommen, und deswegen ist euer Gerede von Hilfssheriffs Polemik und geht am Knackpunkt der Auseinandersetzung vorbei, der da lautet:

- Wann ist Militanz auf ner Demo sinnvoll, was sind unsere gemeinsamen Kriterien ? und
- Wie verhalten wir uns bei Meinungsverschiedenheiten diesbezüglich ?

Die Antwort darauf kann nicht sein, daß DemoteilnehmerInnen mit einer anderen Einschätzung einfach aufs Maul kriegen !!! Genau das ist aber von einigen Steine-ausbuddelern(-Innen?) in Hoyerswerda gelaufen. Die von euch beschriebenen Situatione habe ich als nicht an diesen Kloppereien Beteiligter Steineausbuddeler und -werfer eher so gesehen, daß die GenossInnen, die gegen diese Aktionsvorbereitung GEREDET haben, attackiert wurden, und zwar massiv. Ich bin auch diesbezüglich angesprochen worden, woraufhin ich etwa das gesagt habe, was ihr auch unter "Zum zweiten Vorwurf:" schreibt. Damit war die Situation dann erledigt. Die Situation war nicht so bedrohlich, daß eine Diskussion, während der mensch kurz mit dem Buddeln aufhört, nicht möglich gewesen wäre. Wenn sogar die Zeit ist, sich zu prügeln ...?

Den Lautsprecherwagen zu kritisieren ist überflüssig. Selbstkritik von dort kam schon auf der Vollversammlung. Und was soll euer Argument, einige seien wohl zu ängstlich gewesen? Wenn dem tatsächlich so gewesen wäre, hätten die Militanten, die zu dem Zeitpunkt aktiv gewesen wären, selbs[illegible]ändlich darauf Rücksicht nehmen müssen! Was sonst ist für ei[illegible] akuten Ängsten vorstellbar? Auslachen?!? Die von euch au[illegible]perlichen Auseinandersetzungen bei der 2. BGS-Kette, [illegible] mir entgangen. Meine Kritik an einigen Gruppen bzw. Einzelpersonen ist hier, daß die Sperre von einigen attackiert wurde, bevor die Demo als ganzes ihr Vorgehen klar hatte. Das IST einfach unverantwortlicher Aktionismus.

Gar nicht mehr folgen möchte ich euch, wenn ihr sagt, ein gezielter militanter Angriff gegen Bullen (aus ner Demo) sei immer autonome Zielsetzung gewesen. Die Bullen an und für sich anzugreifen, mag verständlich und manchmal auch sinnvoll sein; ein politisches Konzept ist es nicht. Im Rahmen einer Demo sind Bullen ein Repressionsinstrument, das der Staat gegen uns mit politischem Kalkül einsetzt, Bullen sind nicht das Böse schlechthin. Eine Demo ggf. aufzulösen oder trotz Provokationen keine Auseinandersetzungen einzugehen kann ebenso sinnvoll sein, wie sie militant durchzuführen. Das ist eine Frage von Taktik, nicht ein Bekenntnis für oder gegen revolutionäre Positionen! Und sich nicht vom verständlichen und berechtigten Hass leiten lassen, das verlangt mehr Selbstdisziplin und auch "Mut" als das ach-so-aufopferungsvolle, coole fighten gegen die Pigs.

Wenn wir so berechenbar werden, daß die Militanz, die von uns ausgeht, sich nicht politisch, sondern in einer Art pawlowschen Reflex bestimmt, können wir uns einsargen lassen. Dann ist nämlich das Kalkül der HERRschenden aufgegangen, wenn wir uns sinnlos an ihren Bütteln abarbeiten und uns ihre -militärische- Dynamik der Auseinandersetzung aufdrücken lassen. Denn auf diesem Terrain können wir beim derzeitigen Stand der Klassenauseinandersetzung in der BRD langfristig nur den kürzeren ziehen. Die Vorstellung von der Revolution als militärischer Eroberung der Staatsmacht müßte eigentlich seit Gramsci, spätestens aber seit dem Zusammenbruch der so entstandenen Staatskapitalistischen Systeme aus den Köpfen der Linken verschwunden sein. Heute können wir nur einen Kampf gegen die Beherrschung der Köpfe (oder, poetischer,für die Revolutionsmystiker: Herzen) der Menschen führen, oder XXXXXXX an einzelnen Punkten, in kleinen Teilbereichen, eine winzige Karrikatur der "Machtfrage" stellen.

Dabei ist Militanz ein -unverzichtbares!- taktisches Mittel unter vielen anderen, aber nie ein Ziel!

Als letztes noch was zum "Bullenpapier". Da stand eigentlich nix drin, außer Kritik am Verhalten zweier namentlich genannter Gruppen. Wozu sind Gruppennamenda, wenn nicht um in Diskussionen z.B. benutzt zu werden? Welche konkreten Erkenntnisse soll der VS aus solch einem Paper bekommen? Zumal diese Gruppen auf Demos sowieso unter mit Namenszug versehenen Transpis auftreten und daher als Einzelpersonen eh schon bekannt sind. Darüberhinaus ist die "Mitgliedschaft'in solchen Gruppen, die ja keine e.V.'s sind, kaum nachweisbar. Papiere, in denen Gruppen namentlich genannt werden, sind in Szenezeitungen oft zu finden - ihr habt ja auch namentlich gezeichnet. Was soll also dieses Konspigehabe? Es drängt sich der Verdacht auf, sorry, daß hier Kritik mit Totschlageargumenten begegnet wird, und das habt ihr doch nicht nötig!

Zum 2.Papier

Also, bis "Wir nehmen es wörtlich" stehe ich voll hinter euch. Danach wirds schwierig. Das ist nämlich leider kein Diskussionsbeitrag, sondern ein hingekotztes Parolenwirrwar. Also: Bullen können nicht denken. Das sehe ich anders, und finde diese Betrachtung recht undialektisch; vor allem ist das aber kein Grund, deshalb auch damit aufzuhören. Dann ist zwar alles leichter zu ertragen, weiter bringt es uns aber nicht. Und ihr bahnt euch einen Weg, wenn die Bullen "ungerecht" handeln. Sehr heroisch. Entweder machen sowas ALLE ZUSAMMEN oder es geht so oder so schief. Wenn ihr euren Führungsanspruch behalten wollt, demonstriert gefälligst Alleine! Den nächsten Abschnitt schickt besser an die TAZ - die ist damit treffend kritisiert. Die Interim nicht.

Reden mit Nazis will ich auch nicht. Und wenn ihr so jugendlich seid wie z.B. ich, dann ist das schon länger Konsens bei Autonomen Antifas als ihr oder ich wissen was Antifa überhaupt heißt! Wie kommt ihr überhaupt auf die Idee, irgendwer wäre nach Hoyerswerda gefahren, um mit Nazis zu reden??? Und ihr wollt ein paar Nazis killen, damit "sie (die Politiker) verstehen, das etwas getan werden muß." Ich dachte immer, revolutionäres Prinzip wäre immer gewesen, keine appellativen Aktionen zu machen, deren Wirkung darin besteht, daß sie irgendwelche Bundestagsschweine überzeugen soll ? Für mich hört sich das recht reformistisch an. Und die Vokabel "bestrafen" hört sich auch recht autoritär an... dazu gab es nen guten Beitrag in nem Text über die Politik der RZ vor ein paar Wochen in der Interim.
Und das im Wortsinn doppelt ALLERLETZTE ist der "Fuck you"-Nachsatz, der Eigentlich einen Nichtabdruck des Textes hätte bewirken müssen, liebe Interim-Redaktion! Das ist miesester Sexismus, wenn MANN anderen Menschen als äußerste Form der Verachtung droht, sie zu ficken. Das ist eigentlich eine Form der Androhung von Vergewaltigung, die sich unerfindlicherweise (...) der Entfernung aus unserem Wortschatz widersetzt. Sowas sollte zensiert werden! Und wenn dieser Text alles ist, was euch zum "Vorfall in Hoyerswerda" einfällt, wundere ich mich nicht länger, daß ihr zugeschlagen, umd nicht argumentiert habt. Offensichtlich habt ihr davon mehr Ahnung.

ein auch militanter, antifaschistischer Jugendlicher

P.S.: Liebe Interim-Red., beigelegt habe ich ein paar Textkopien aus der Broschüre "Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen" aus Freiburg. Ich fände es gut, wenn ihr die auch abdrucken würdet, bei Platzproblemen eben später. Das wäre dann mal etwas tiefschürfender zum Thema. Besonders der markierte Teil wäre mir wichtig.

ciao.

Neue Adresse: Infoladen Bazille c/o Druckluft
Am Förderturm 27 4200 Oberhausen 1

Einleitung

Es ist etwas schwierig, unsere Kritik, die wir an der real existierenden Autonomen Bewegung haben, in einem kurzen Referat zusammenzufassen. Wer unsere Textsammlung gelesen hat, wird festgestellt haben, daß die Texte nur sehr schwer miteinander diskutiert werden können. Die Kritik, wie wir sie an der **Autonomie (Neue Folge)** geübt haben, hat zum Beispiel wenig zu tun mit der Kritik autonomer Bündnispolitik. Wir hatten ungemeine Schwierigkeiten, autonome Theorie und autonome Praxis so zu kritisieren, daß es sich um ein und dieselbe Kritik handelt, daß die Fehler der Theorie auf die der Praxis verweisen und umgekehrt. Diese Schwierigkeiten, die autonome Bewegung in ihrer Einheit von Theorie und Praxis zu kritisieren, haben allerdings ihren Grund nicht nur in unserer subjektiven Unfähigkeit.

Die Trennung von Theorie und Praxis ist eine Realität innerhalb der autonomen Bewegung. Wer letztes Jahr auf den Bremer Internationalismustagen war, konnte die völlige Trennung von Theorie und Praxis - oder besser die von TheoretikerInnen und PraktikerInnen bis ins Groteske gesteigert erleben. Veranstaltet wurden die Tage von Leuten aus dem Umfeld der **Autonomie** bzw. der **Materialien für einen neuen Antiimperialismus**. Die TheoretikerInnen hatten gerufen und die Bewegung war gekommen; die einen hielten ellenlange Referate, die anderen hörten mehr oder minder geduldig und schweigend zu. Die Ausführungen etwa über die Entstehung und Organisation der IWF-Riots in Brasilien riß keinen der Zuhörenden vom Hocker. Und manchen wird wohl mehr als einmal die Frage durch den Kopf geschossen sein: "Was soll der Scheiß?" Natürlich, die gernzitierte Behauptung, ohne revolutionäre Theorie gäbe es keine revolutionäre Praxis, schwirrte wohl den meisten Zuhörenden durch die Birne und mahnte zur Geduld mit den ReferentInnen. Doch wie die Ausführungen der Theoriecracks den praktischen Kampf voranbringen sollten, konnte sich niemand so recht vorstellen. Und tatsächlich, als es dann endlich um die Frage ging: "Was machen wir eigentlich im September in Berlin?" - da konnten die TheoretikerInnen nur hilflos die Schultern zucken und hoffen, daß den PraktikerInnen etwas einfällt und daß diese die Sache ordentlich vorbereiten würden. Unbefriedigend war das natürlich für beide Seiten - genauso unbefriedigend wie in unserer Broschüre die Trennung der Kritik der autonomen Theorie auf der einen und der autonomen Praxis auf der anderen Seite ist. Wir wollen versuchen, dies in dieser Veranstaltung die Kluft zu überbrücken.

Es geht hier also um den Versuch, zu klären, auf welche Weise in der autonomen Bewegung Theorie und Praxis vermittelt sind. Gerade in dieser Weise der Vermittlung, so unsere These, über die nachher diskutiert werden soll, liegt das große Problem der Autonomen. Und nicht nur der Autonomen, weil hierin überhaupt das Dilemma revolutionären Handelns in den Imperialistischen Metropolen beim augenblicklichen Stand der Klassenkämpfe liegt.

theoria vulga autonoma - die gemeine autonome Theorie

Gehen wir von der bekannten Erscheinung des bzw. der Durchschnittsautonomen aus. Natürlich, eine derartige Durchschnittsautonome gibt es nicht; und alles, was man über ihn bzw. sie aussagt, kommt schnell in den Ruch, Karikatur und wüste Polemik zu sein. Und in der Diskussion wird dann dann dieses oder jene Gegenbeispiel erwähnt, bei dem natürlich alles ganz anders ist. Trotzdem: Ohne Verallgemeinerungen, die sicherlich den durch sie charakterisierten Menschen Unrecht tun, ohne derartige Verallgemeinerungen kann nicht vernünftig diskutiert werden; sonst artet nämlich jede Diskussion in ein reines Anekdotenerzählen aus. Und derartiges Anekdotenerzählen ist durchaus charakteristisch für Diskussionen in der autonomen Bewegung. Dem wollen wir hiermit gleich einen Riegel vorschieben. Deshalb: Wenn wir also im folgenden die Vorstellungen und die Praxis autonomer KämpferInnen darstellen,

dann mag das zum Teil überspitzt erscheinen, aber gerade in dieser Überspitzung drückt sich eine Wahrheit aus, die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann.

In der Kritik an der autonomen Bewegung wird viel über die Theorielosigkeit der Bewegung gejammert. Doch wenn mensch eine Kritik an der autonomen Bewegung auf diese Art und Weise anfängt, ist die Falle schon zugeschnappt, die durch das spezifische Verhältnis von Theorie und Praxis aufgestellt ist. Unser Vorwurf ist es nicht, daß die autonome Bewegung theorielos sei - im Gegenteil. Es gibt vielmehr eine ziemlich klar umrissene autonome Theorie, deren großer Fehler es ist, gar nicht so explizit als Theorie bewußt zu sein und die deshalb so unendlich schwer zu kritisieren ist. Was meinen wir damit? Keineswegs meinen wir damit die verschiedenen theoretischen Versuche, wie sie etwa von der *Wildcat* oder der *Autonomie* hervorgebracht wurden. Sondern damit meinen wir das ganz normale autonome Durchschnittsbewußtsein, das selbst eine Form der Theorie ist.

Obwohl dieses autonome Durchschnittsbewußtsein selten als Theorie der Gesellschaft verstanden wird, ist es doch eine klar umrissene Theorie der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf der Welt. Wenn wir also das autonome Durchschnittsbewußtsein kritisieren, dann nicht, weil die Autonomen nicht ernstzunehmen. Im Gegenteil versuchen wir, das Bewußtsein der Autonomen als als **Gesellschaftstheorie** ernstnehmen. Und zwar als Gesellschaftstheorie, die zu einer bestimmten Praxis führt. Deshalb stellen wir die Frage nicht wie üblich auf die falsche Art und Weise, nämlich so: Was ist wichtiger, die **Theorie oder die Praxis**? Vielmehr muß immer ganz klar gefragt werden: Welche **Theorie**? Welche **Praxis**? Und wie hängen sie zusammen? Fragen wir also nach der autonomen Durchschnittstheorie.

Klar ist erst einmal, daß auf der Welt nicht alles so ist, wie es sein sollte: Armut, Hunger, Elend, Kriege und Bürgerkriege... und uns geht es auch schon ganz schlecht. Die Feststellung dieser Tatsache wird wohl auch jeder Bundesbürger teilen. Was die revolutionäre KämpferIn nun von Otto Müller unterscheidet ist das Faktum, daß sie diese Tatsache nicht als Naturtatsache hinnimmt, nicht wie der Duchschnittsspießer mit einem Achselzucken sagt: "Das war schon immer so, das wird auch immer so sein und machen kann man eh nix." Sie hält daran fest, daß es auch anders sein könnte, daß die Menschen auch vernünftig, friedlich und glücklich miteinander leben könnten, wenn...

Ja, wenn... An diesem Punkt muß nun die Gretchenfrage revolutionärer Theorie gestellt werden: Wenn es anders sein könnte, dann muß irgendjemand daran Schuld sein, daß es nicht so ist; und die Frage ist nun: **Wer?** Und hier wird es kompliziert. Lassen wir zunächst einmal die dumpfste Variante weg, die paranoide Verschwörungstheorie der Antiimps, bei der das ganze Unglück der Welt das Resultat einer heimtückischen Verschwörung von trilateraler Kommission, dem US-Imperialismus, der sozialistischen Internationale, dem Zionismus und weiß der Geier noch wem ist. Wenn man derart kindliche Weltbilder aber einmal wegläßt, dann wird es schwierig: Natürlich, schuldig sind Staat und Kapital. Aber das hilft auch nicht weiter: Wer sind Staat und Kapital? Wenn diese abstrakten Begriffe gefüllt werden sollen, aus leeren Worten konkrete Gegner aus Fleisch und Blut werden sollen, dann bietet sich einer natürlich ganz besonders an: **Der Bulle**.

Der Bulle ist der Feind Nr.1 aller Autonomen; an ihm ist der Staat handgreiflich und in Person sichtbar; und wenn vor einem die Schweinevisagen auftauchen, die Knüppel pfeifen, dann weiß jedeR, wo die Front verläuft, nämlich zwischen uns und denen. Damit hat sich die autonome Staatstheorie im wesentlichen erschöpft: der Staat ist nackte Gewalt, Repression, Faschismus. Punkt. Großartig differenziert muß hier nicht mehr werden: "Deutsche Polizisten: Mörder und Faschisten", "SS, SA, SEK". Staat, Bullen, Faschismus, Repression: Alles verschwimmt in einem undurchdringlichen Brei, in dem die Klopperei mit den Bullen auf einmal zur heroischen Tat, zum Angriff auf den Staat als solchen, zur revolutionären "Praxis" wird.

Natürlich, ganz so plump ist das Weltbild der meisten Autonomen nicht, auch wenn mensch gelegentlich den Eindruck bekommt. Daß der Staat kein reiner Selbstzweck ist, das ist irgendwie bekannt. Der Staat, das ist klar, ist zum Schutz des Kapitals da. Wobei sich natürlich die Frage stellt, was denn das Kapital ist.

Das ist nun nicht mehr ganz so einfach auszumachen, wie es das beim Staat war. Das Kapital, das sind irgendwie die großen Banken und Konzerne. Und das gemeine an diesen ist, daß sie die Menschen ausbeuten, auf der ganzen Welt. Und weil sich niemand gern ausbeuten läßt, braucht das Kapital den Staat, um die Ausgebeuteten zu unterdrücken. Sonst würden die dem Kapital nämlich ruckzuck den Garaus machen. Wie das mit der Ausbeutung nun genau funktioniert, das ist nicht näher bekannt; aber Genaueres braucht mensch auch nicht zu wissen, denn die Sache selbst ist ja ganz deutlich zu sehen: Im Trikont krepieren die Menschen wie die Fliegen, hier müssen sie von Sozialhilfe leben, während die Konzerne und Banken das große Geld scheffeln. Das Faktum der Ausbeutung ist also völlig offensichtlich.

Wie kann nun diese brilliante theoretische Einsicht in die revolutionäre Praxis umgesetzt werden? Banken und Konzerne haben Bürohäuser, Geschäftsstellen, Verkaufsräume etc. Und diese haben Schaufenster, zumindest Fassaden. Erstere kann mensch eindeppern, letztere mit Farbeiern verzieren. Außerdem soll auch schon der eine oder andere Molli sein Ziel gefunden haben und auch Feuerlöscher mit Unkraut-Ex und Puderzucker erzielen nicht zu vernachlässigende Wirkungen. Was das alles an der Tatsache ändern soll, daß die Konzerne und Banken weltweit Menschen ausbeuten, ist nicht ganz klar, aber auf jeden Fall ist das was Praktisches und kein abstraktes theoretisches Rumgelaber. Und, nebenbei bemerkt, wenn die Bullen bei einer Demo die Fassade der Deutschen Bank schützen, dann wird das faschistische Komplott von Staat und Kapital ganz deutlich.

Selbst wenn wir die Ironie weglassen: Darauf reduziert sich im Großen und Ganzen die autonome Theorie. Was noch fehlt, ist das Patriarchat, aber darüber weiß nun wirklich niemand überhaupt nichts Genaues nicht mehr. Der Rest sind technische Details und Gruppendynamik.

Zunächst zu den technischen Details, die den größten Teil autonomer Diskussion ausmachen. Diese sind ein einziges Hü und Hott: Mit den Reformisten oder gegen die Reformisten, mit Vermummung - ohne Vermummung, geht mensch zur Demo oder nicht. Bewertungskriterium für diese Fragen ist die revolutionäre Moral und Entschlossenheit. Tatsächlich taktische Kriterien können für die einzelnen Entscheidungen nicht angegeben werden. Nicht in Bezug auf die zu erzielenden Zwecke werden Entscheidungen getroffen, sondern in Bezug darauf, welche der Alternativen "gerechter" erscheint. Das Verhältnis zwischen dem Einsatz und dem Ergebnis spielt aus diesem Grund in den allerseltensten Fällen eine Rolle, was derartige Diskussionen auch so unsäglich langweilig macht: Über bloße Meinungen und moralinsaures Gedöns läßt sich letztlich schlecht diskutieren; derartig sinnloses Geschwätz kann mensch nur über sich ergehen lassen.

Interessanter sind die gruppendynamischen Effekte. Gehen wir deshalb noch einmal zur Staats- und Kapitaltheorie zurück. Die Frage, die sich dabei natürlich stellt, ist die: Warum lassen die Ausgebeuteten sich das gefallen, daß sie ausgebeutet werden? Die Antwort ist, wie oben schon gesagt, daß die staatliche Gewalt Menschen zurückhält, indem sie einschüchtert. Und die, die sich nicht einschüchtern lassen, werden mit gnadenloser Repression überzogen. Natürlich weiß jedeR insgeheim, daß die Passivität der Masse der Bevölkerung sich so nicht erklären läßt. Aber wie läßt sich dann erklären, daß die meisten Menschen sich das alles gefallen lassen? Die Antwort, die bestenfalls auf diese Frage kommt ist die: Die Menschen sind manipuliert und korrumpiert durch die Medien und durch Konsum. Diese Antwort schlägt selbst wieder in den Gruppenprozeß der meisten autonomen Gruppen zurück. Früher oder später kommt den Einzelnen der Verdacht, sie selbst könnten auch schon manipuliert und korrumpiert sein. Und dann taucht in autonomen Gruppen ein merkwürdiger, beinahe puritanisch zu nennender Asketismus auf, die große Verweigerung gegenüber der Welt und die gnadenlose Identifikation mit der eigenen Gruppe. Früher oder später fühlt mensch sich auf allen Seiten umstellt von Feinden, die hinterhältig versuchen, jedes bischen Identität, das mensch sich im Kampf erworben hat, kaputtzumachen. Ganz besonders hinterhältig treiben es dabei andere Linke, die Kritik üben. Und irgendwann geht die Abschottung vor der Realität dann so weit, daß sie wahnhaft umschlägt in eine gewiße Art von Bewußtseinsspaltung. Laufend wird hin und her geschwankt zwischen zwei völlig entgegengesetzten Interpretation der Welt. Einmal erscheint das Jenseits des Szeneghettos als ein großes Heerlager von Feinden, die einen "umdrehen" wollen, einem die revolutionäre Identität kaputt machen wollen. Dann wiederum wird sie interpretiert als brodelnde, kochende Masse, die kurz vor der Explosion, dem endgültigen revolutionären Umsturz steht.

Der andere, mit großer Regelmäßigkeit auftretende gruppendynamische Effekt ist die sogenannte Patriarchatsdiskussion. Es geht uns nicht darum zu leugnen, daß es das Patriarchat gibt, daß die geschlechtsspezifische Unterdrückung bis in den Gruppenprozeß autonomer Gruppen hineinreicht und daß dies ein wichtiger Diskussionspunkt ist und weiter auch sein muß. Aber: In autonomen Zirkeln wird im Grunde gar nicht **inhaltlich** über die Frage diskutiert. Vielmehr bleibt die Diskussion im wesentlichen rein **formal**. Als Beispiel können wieder die Bremer Internationalismustage vom letzten Jahr dienen. Bei fast keinem Referat der VeranstalterInnen kam es zu einer Diskussion. Erst als die Patriarchatsfrage auf's Tapet kam - oder besser, weil sie trotz Ankündigung nicht behandelt wurde - kam es zum Eklat. Ruckzuck spalteten sich die Anwesenden in ein Männer- und ein Frauenplenum. Doch anstatt daß in diesen dann über die Relevanz der Frage des Patriarchats für den revolutionären Prozeß diskutiert wurde, kam es zum berühmt-berüchtigten autonomen Anekdotenerzählen, bei dem die Redebeiträge sich nur so überstürzten. Die Frage des Patriarchats verkam damals und verkommt bei fast allen derartigen Situationen zum **Diskussionsersatz**. Rein empirisch werden patriarchale Verhaltensweise in autonomen Gruppen aufgezeigt. Statt daß mensch nun tatsächlich darüber diskutiert, wird das Ganze auf das Niveau individueller Moral heruntergebracht. Im besten Fall endet das dann bei Schuldzuweisungen bzw. Schuldbekenntnissen und gegenseitigen Versprechung, daß jetzt alles besser gemacht werden soll. In den anderen Fällen kommt es zu dauerhaften Spaltungen, die zumeist endgültig sind, da sie nicht Resultat tatsächlicher inhaltlicher Differenzen sind, sondern an **Umgangsformen** festgemacht werden. Nun ist die Diskussion über Umgangsformen in politischen Gruppen durchaus nötig. Aber wenn durch sie jede strategische oder taktische Diskussion verdrängt wird, eben weil eine absolute Unfähigkeit vorherrscht,

über derartige Fragen zu diskutieren, dann wird die politische Diskussion zum Surrogat, die autonome Gruppe zur linksradikalen Variante der Encountergruppen, bei denen es nur noch darum geht, sich der eigenen Identität zu versichern.

[Den Rest des Redebeitrags haben wir gestrichen, weil die im folgenden abgehandelten Punkte **Internationalismus** und **Subsistenz** in unserem Vortrag über die IWF-Kampagne noch einmal enthalten sind.]

Erkennt den Hauptwiderspruch und konzentriert die Kräfte, um ihn zu lösen!

Die Autonomen und der Staat

"Der Staat in seinen spezifischen Ausformungen wurzelt in den materiellen Lebensverhältnissen der Gesellschaft, in dem Verhältnis der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten." (MEW 25/799 ff)

Die spezifische Form, in der das Kapital die Mehrarbeit der Lohnarbeiter erzwingt, bestimmt die politische Form des bürgerlichen Staates. Die "normale" Mehrwertschaffung bedarf stets einer außerökonomischen Zwangsgewalt des bürgerlichen Staates. Diese Zwangsgewalt äußert sich jedoch unterschiedlich innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zum einen, zum anderen zwischen imperialistischen, halbkolonialen und kolonialen Ländern. Entscheidend für die bürgerliche Herrschaftsform ist das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen sozialen Komponenten.

Das Problem, das sich im Verhältnis der Autonomen zum bürgerlichen Staat auftut (von einer Staatstheorie kann selbst bei wohlwollendster Würdigung keine Rede sein), ist vor allem dasjenige mangelnder differenzierung. Der Staat wird nie als Ausdruck des Kapitalverhältnisses betrachtet, sondern Staat und Kapital sind eins (vgl. D. Hartmann in Autonomie NF 14). Dabei wird, um einen geschichtlichen Bezug herzustellen, als historisches Datum dieser Verschmelzung der NS-Faschismus bestimmt. Alles was danach oder gleichzeitig läuft, wird von einer einzigen weltweiten Kapitalstrategie hergeleitet. Seit Beginn der bürgerlichen Herrschaft gibt es zwar eine Entwicklung hin zum Monopolkapitalismus, es wurde jedoch nie geschafft und ist - trotz Europa 92 - bisher auch nicht beabsichtigt worden, die Nationalstaaten gänzlich aufzuheben.

Es ist zwar richtig, daß sich seit der Krise 1929 die kapitalistische Gesellschaftsstruktur entscheidend verändert haben und die Strukturen der amerikanischen Gesellschaft der Jahre 1932-40 Vorbild für das fordistische Europa wurde, aber genau das beweist eher die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als erweiterte und verallgemeinerte Erfahrung des Faschismus.

Der Nachkriegskapitalismus zeichnet sich durch eine wachsende Intervention der Staatsgewalt im Wirtschaftsleben aus und kann durchaus als modifizierte Fortsetzung des New Deals betrachtet werden; dies bedeutet allerdings noch nicht die Einheit von Staat und Kapital!

Diese Intervention des Staates hatte lange Zeit einen antizyklischen Charakter und integrierte dadurch die ArbeiterInnenklasse: Ihr Akkumulationsmodell bedurfte einfach keines Faschismus, um die Mehrwertrate stetig zu erhöhen.

natürlich richtig ist, den Imperialismus und die Weltwirtschaft als weltweite, übergreifende Systeme zu begreifen, gibt es Widersprüche, die zum einen für das Verständnis dessen, was in der Welt passiert, wichtig sind, zum anderen für die Kampfbedingungen eines vielleicht irgendwann mal wieder revolutionären Subjekts entscheidend werden. Ein Staat, der sich als bürgerliche Demokratie versteht, gibt RevolutionärInnen die vorübergehende Möglichkeit, ihre Ideen öffentlich zu machen und garantiert teilweise eine relative Versammlungsfreiheit, ein Demo- und Streikrecht etc., während die Illegalität ganz andere Bedingungen schafft.

Während des New Deal gab es militante Massenstreiks und revolutionäre Propaganda kleiner Splittergruppen; im Faschismus werden alle demokratischen Organe zerstört. Um diesem Dilemma auszuweichen reden Autonome (oder Teile davon, aber wer will in Zeiten des Abschiffens der Bewegung noch autonom sein?!) von einer Faschisierung des Staates, ohne Faschismus überhaupt definieren zu können.

Einem vernünftigen Gedanken noch fremder gegenüberstehende (und vermeintlich "radikalere") Einschätzungen kolportieren auch, der Staat (bzw. alle Staaten) sei immer schon faschistisch gewesen: immer, überall und mit allen Waffen...

Auch wenn angesichts der Vernichtungsphantasien der Repräsentanten des bürgerlichen Staates seinen Feinde gegenüber diese Vorstellung verständlich ist, so wird sie dadurch aber auch nicht wahrer. Im Gegenteil, um die diffus-anarchische "Staats-Faschismustheorie" mit der eigenen Lebenslüge vom militanten Freiraum-Widerstand kompatibel zu machen, wird eben noch die Phrase der Freunde des bewaffneten Kampfes hinzugefügt, mensch müsse "die faschistische Fratze des Systems freibomben".

Um die hierbei entstehende Inflation des Begriffs "Faschismus" und der eigenen widersprüchlichen Wahrnehmungen gerecht zu werden, sollte dieses geniale Denksystem vielleicht noch um die Kategorien "ganz böser Faschismus" (Auschwitz), "etwas besserer Faschismus" (Südafrika, Israel, BRD) bzw. "guter oder zu vernachlässigender Faschismus" (bürokratische Arbeiterstaaten) erweitert werden. Und als umfassende subjektiv-moralische Kategorie schlagen wir folgende Definition vor: Faschismus ist immer dann, wenn eine ungerechte Sauerei passiert. Das ist dann ein klares Weltbild ohne wenn und aber, läßt sich beliebig ausdehnen (z.B. Ökofaschist, Sanierungsfaschist etc.) und kein Schwein entweicht mehr den enggeknüpften Maschen messerscharfer autonomer Analyse. Doch genug der Polemik.

Faschismus in der autonomen Terminologie jedenfalls symbolisiert realiter Repression, Bullen, Stammheim, Kaputtsanierung (autonome Wandparole 88): eigentlich Phänomen eines durchschnittlichen bürgerlichen Staates - für den Autonomen der Staat schlechthin.

"Der Staat" oder "das System" wird zum Feindbild überhaupt. Da unsere autonomen GenossInnen ja selten in irgendwelchen sozialen Milieus verankert sind (außer im eigene Ghetto) und sich in den so rar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen kein so eindeutiges Feindbild abzeichnen will (?), wird der mieseste, kleinste Scherge jeder bürgerlichen Herrschaftsform für alles verantwortlich gemacht: der Bulle.

Die Phrase vom "Bullenstaat" oder auch "Schweinesystem" ist jenseits jeder Klassenanalyse und hat dieselbe bisher auch derb zu vereinfachen versucht. Der Staat wird zum Mythos, zum einzigen omnipotenten Feind der alles beherrscht, den es jederzeit frontal zu bekämpfen gilt und der nur (wie hinterhältig!) durch seine niedrigsten Schergen sicht- und greifbar wird.

Die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht begriffen werden, ohne ihren sozialen Inhalt. Der Staat wird nur aus einem Prinzip der Repression abgeleitet, nicht aus den Produktionsverhältnissen.

Aber die bürgerliche Gesellschaft kann nur über das Kapitalverhältnis verstanden, bekämpft und überwunden werden!

L'ANTIFASCISME C'EST BIEN
LA REVOLUTION C'EST MIEUX

erfassen, indem man die Erscheinungen durchdringt.

Und nochmal ein Kommentar zur Hoyerswerda-Demo und was sonst noch dazu gehört:

Nachdem mich die üblen Auseinandersetzungen und Prügeleien die auf der Demo in Hoyerswerda abgelaufen sind, und die anschließende VV dazu- ziemlich schockiert und Wütend gemacht haben, möchte ich auch nochmal versuchen einiges zusammenzufassen und zu wiederholen. Denn gelöst sind die Konflikte, die hier (endlich) mal ganz krass und offen aufgetreten sind noch lange nicht- obwohl sie wohl schon sehr lange bestehen...Deshalb wäre es eine verpaßte Chance, die ganzen Ereignisse so stehen zu lassen und den Konflikt unter uns unterschwellig bestehen zu lassen- gerade jetzt brauchen wir unsere Power doch für soviele andere Sachen !!!
Also: Von den Prügeleien untereinander, zwischen Leuten, die Steine ausbuddelten und denen, die sie davon abhalten wollten, von den Aktionen gegen Bürgers und den Angriffen auf Presseleute- von all dem hat ja inzwischen jede/r mitgekriegt und jede/r findets völlig übel. Trotzdem können wir es uns nicht so einfach machen und alle als hirnlose Betonköpfe und Rambos hinstellen, mit denen wir auf unseren Demos und Aktionen nichts mehr zu tun haben wollen.
Worin die eigentlichen Konflikte und Unterschiede bestehen kam auf der Nachbereitungs-VV dann ziemlich deutlich Heraus. Daß diese "Aussprache" schon viel, viel früher hätte stattfinden müssen, merkte mensch daran, daß ziemlich viel an geschlucktem Frust und an Vorwürfen hochkam und ziemlich schnell ein miteinander reden nicht mehr möglich war, jede/r hat sich nur noch aggressiv angeschrieen und niemand konnte mehr wirklich zuhören und verstehen, was die/der andere überhaupt meint-es ging fast nur noch aneinander vorbei.
Als Vorwurf kam zunächst, von Leuten, die zu den Steinausbuddlern gehörten, daß sie sofort von Leuten, die sie davon abhalten wollten, angegriffen worden sind. Sie empfanden dies als völlig übertrieben und unangebracht, da sie ja noch nicht einmal am werfen waren, sondern sich nur auf einen Zusammenstoß mit den Bullen vorbereiten wollten, was zu diesem Zeitpunkt vielleicht wirklich angebracht war. Sie fühlten sich somit sofort als Hohlköpfe behandelt, denen eigenes Reflektieren und Abwägen wohl nicht zugetraut wurde...
Als Gegenargument und Vorwurf dazu, kam vorallem, daß es zu diesem Zeitpunkt noch zu früh gewesen wäre- und mensch sich hier noch nicht auf eine Provokation einlassen wollte.
Da inzwischen schon wieder mal Steine aus den hinteren Reihen heraus geworfen wurden (mit der üblichen Zielgenauigkeit und Wurfweite...), viele Aktionen gegen Bürgers und Presse gelaufen waren, die in dieser Form von diesen Leuten abgelehnt wurden,- versuchten sie andere Leute eben davon abzuhalten.
Wer jetzt letztlich wen zuerst angefaßt oder angerempelt hat bleibt wohl müßig zu klären...
Doch hieran stellte sich dann auch ziemlich klar heraus, daß wir wohl doch alle mit sehr unterschiedlichen Zielen und Erwartungen nach Hoyerswerda gefahren waren.

So wurde auf der Vorbereitungs-VV eigentlich die recht einstimmige Linie vertreten nach Hoyerswerda zu fahren, um Faschos oder Nazibürgern/innen eins aufs Maul zu hauen, - genauso aber auch, viel auf die Leute zuzugehen, die bisher zu feige waren die Klappe aufzumachen und sie dadurch zu ermutigen endlich auch Widerstand zu leisten.
Auf der Nachbereitungs-VV kam dann aber heraus, daß sehr viele Leute ganz klar deswegen hingefahren sind, weil sie die Konfrontation suchten. Weil sie selbst ständig Diskriminierungen ausgesetzt sind,schon zuviel einstecken und leiden mußten und jetzt vorallem aus einer Riesenwut dorthin fuhren. Sie hatten im Kopf (oder vielmehr im Bauch),daß sich über 1 Woche lang keiner der Bürger/innen gewehrt hat und sich somit aber mitschuldig gemacht hat. Sie wollten ihre Wut loswerden und nicht mehr abwägen, ob diese/r oder jene/r Bürger/in sich vielleicht doch nochmal mitverantwortlich fühlt und zu entsprechendem Verhalten erwacht...
Klar können dann einige (deutsche) Leute anbringen, daß es oftmals nicht angebracht war oder auch strategisch ungünstig war dermaßen aggressiv und militant vorzugehen- aber aus welcher Betroffenheit heraus gehen sie dann auf eine Demo ?
Ganz sicher aus einer anderen Betroffenheit heraus, als wenn sie tagtäglich selbst Rassismus ausgesetzt wären, bedroht würden, Freunde aufgrund ihrer Nationalität zusammengeschlagen oder gar umgebracht erleben mußten.
Ich denke es ist ein großer Unterschied, aus welcher Betroffenheit heraus wir Widerstand leisten. Ob als "privilegierte" Deutsche,die sich mitverantwortlich fühlen und daher eingreifen wollen; -oder als Nichtdeutscher Mensch, der ständig Opfer ist und sich einfach wehren <u>muß</u>!!!
(Ganz sicher war es aber nicht so, daß nur ausländische Menschen mit einer Riesenwut dort waren und keine/r der "Deutschen" Konfrontation wollte, und ein paar Rambo-Hohlköpfe waren sicher auch dabei -ich wollte jetzt nicht auch wieder pauschalisieren!)
Was ich letztlich nochmal sagen will, ist daß wir uns vielmehr untereinander auseinandersetzen müssen, um unsere unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorstellungen besser zu verstehen und somit auch mehr Verständnis und Toleranz untereinander aufbringen können!Pauschalisieren und Lügen verbreiten läuft über die öffentlichen Medien ja genug!
So und jetzt noch ein paar Dinge, die ich auch ziemlich übel finde: -mich kotzt es ganz schön an, wenn ausländische Menschen immer noch das Gefühl haben müssen von den "deutschen Autonomen" allein gelassen zu werden.Mich kotzt es genauso an, wegen kritischer Äußerungen auf einer Diskussion, als Rassist/in beschimpft zu werden- nichtdeutsch zu sein bedeutet nicht, sich jeglicher Kritik entziehen zu können.
Mich nervt es außerdem ganz schön an, wenn einige Leute noch nicht mal die einfachsten Diskussionsregeln beherrschen, wenn sich nur noch Lautstärke und Drohungen durchsetzen und nicht mehr die Argumente, weil sowieso niemand mehr die/den andere/n ausreden läßt.
Und vor allem nervt es mich wieviel wir uns von den RIM-Leuten kaputt machen lassen.Ich fand es völlig dreist,wie sehrsie

auf der VV zu agieren versuchten (und nicht nur da) und wie sie versuchten für sich und "ihren Kampf" Stimmung zu machen. Von anderen Gruppen oder Bewegungen würden wir uns doch auch nicht soviel kaputt machen lassen, warum bleiben wir bei ihnen so geduldig ?!!
So,ich hoffe, daß einige Leute jetzt vielleicht doch noch mal versuchen miteinander zu reden und wir noch einige konstruktive VV"s führen können -und wir uns jedenfalls nicht mehr gegenseitig zusammenschlagen!!!
Viiieeel Power für ganz viel gute gemeinsame Aktionen!!!!!!!!!

AusländerInnen bleiben - Faschisten vertreiben !

Für alle die nicht da waren bzw. die Auseinandersetzungen nur von ferne mitbekamen eine kurze Darstellung der Demo in Hoyerswerda. Anschließend wollen wir zu den Konflikten innerhalb der Demo Position beziehen.

Nachdem der Autokonvoi (gut organisiert!) ohne Zwischenfälle in Hoyerswerda angekommen war und auf einem Acker am Stadtrand geparkt wurde, setzte sich von hier aus ein Zug von 3-4000 Leuten Richtung Thomas-Münzer-Str. in Bewegung. Dort, wo sich eines der angegriffenen Flüchtlingsheime befindet, sollte die Demonstration offiziell und genehmigt beginnen. Schon vor dem Einbiegen in die Thomas-Münzer-Str. hielt der Zug kurzfristig an und über den Lautsprecherwagen wurde bekanntgegeben, daß vor dem Flüchtlingsheim eine Bullenkette aufgezogen wäre und die Straße abgesperrt sei. Die Demo lief weiter, nach weiteren 100 Metern entstand eine Lücke zwischen den ersten paar Ketten und dem Rest der Demo, der einfach stehen blieb. Die Polizeikette ließ sich von den Aufforderungen des Lautsprecherwagens die Straße freizumachen nicht beeindrucken. Eine Mehrheit der DemonstrantInnen schien auch nicht gewillt Druck auf die zu diesem Zeitpunkt eher lächerliche Polizeipräsenz ausüben zu wollen.
In der unklaren Situation, die durch das zögerliche Verhalten eines Teils der Demo entstanden war, fingen einige GenossInnen an sich auf eine eventuelle Auseinandersetzung vorzubereiten, in dem sie Steine ausgruben und Gehwegplatten zertrümmerten. Dies löste bei einigen DemoteilnehmerInnen heftige Reaktionen aus, sie bedrängten die Leute und versuchten sie von dem Ausgraben der Steine abzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt war kein einziger Stein geflogen!
In dem nun entstandenen Gerangel kam es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen wobei ein militant-gewaltfreier Mensch auf die Mütze bekam. Nur das entschlossene Dazwischengehen und die Schlichtungsversuche von bis dahin unbeteiligten GenossInnen bewirkte, daß die Situation nicht weiter eskalierte.
Die Demonstration drehte um und es wurde an der nächsten Kreuzung erneut der Versuch gemacht auf die Demoroute zu gelangen.

Die Situation wiederholte sich, die Polizei hatte die Straße wiederum abgesperrt, ein noch möglicher Durchbruchversuch konnte aufgrund des unentschlossenen Verhaltens der Demo nicht durchgeführt werden. Die Polizei konnte sich nahezu unbehelligt formieren und unter Einsatz von zwei Wasserwerfern die gesamte Demo in Richtung Parkplatz zurücktreiben. Hier mußten aufgrund einer Baustelle keine Steine ausgegraben werden, der Rückzug des Lautsprecherwagens wurde ohne Gewaltdiskussion von GenossInnen gedeckt.
Schließlich ging die Polizei auf das Verhandlungsangebot des Lautsprecherwagens ein und stoppte ihren Vormarsch, worauf es zu einer etwa zweistündigen Pause kam, in der unter Hinzuziehung anwesender Promis und Lokalprominenz (Pfarrer... aus HY) mit den Bullen über die Durchführung der Demonstration verhandelt wurde. Trotz der bewußten Verzögerungstaktik der Bullen kam es **kaum** zu Abwanderungsbewegungen von DemoteilnehmerInnen, einige der AnwohnerInnen unterstützten die Wartenden mit Getränken und Lebensmitteln.

Als die Demo, kurz vor Einbruch der Dunkelheit, endlich losgehen konnte, beteiligten sich auch Bürger aus HY daran.
Die Stimmung in der Demo war von nun an spürbar besser, und als vor dem ArbeiterInnenwohnheim in der Albert-Schweitzer-Str., wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte, die dritte Bullenkette samt hamburger Gitter weggehustet wurde, wurde daran auch von den HY Bürgers kein Anstoß genommen.

Eine Nachbereitung auf der eigens dafür angesetzten VV am nächsten Abend in Berlin **fand nicht statt.** Stattdessen löste ein zu Anfang verbreitetes Stück Papier einen heftigen Streit über die Auseinandersetzung untereinander während der Demo aus.
In dem Papier wurden, entgegen dem Konsens "innerautonomer Auseinandersetzungen" ausländische Organisationen als vermeintliche Verantwortliche der Auseinandersetzung

namentlich genannt, in wüster Polemik war von "Köpfeeinschlagen", "bewußt den Tod eines Genossen einzukalkulieren", "Verrat" und ähnlicher Scheiße die Rede. Das Papier wurde zwar wenig später von den Verfassern eingesammelt, der Szene-Tratsch dürfte aber sein übriges getan haben. Gipfel der Anpisserei war die Bemerkung "Wir brauchen Euren ausländischen Mut und unsere deutsche Schlauheit, das muß zusammenkommen"; auch wenn dieser Satz zurückgenommen wurde, ersparen wir uns hier jeden weiteren Kommentar.

Die Form der Auseinandersetzung, wie sie in dem Papier und auf der VV geführt wurde dient einzig allein den Bullen, dem Verfassungsschutz und den Faschisten. **Ausländische Menschen sollen denunziert, isoliert, ausgegrenzt und kriminalisiert werden.** Der Artikel in der letzten Interim geht in eine ähnliche Richtung.
Statt über unsere Versäumnisse nachzudenken und endlich konkrete Schritte gegen den faschistischen Terror zu unternehmen, reiben wir uns (wieder einmal?) an der Gewaltfrage auf.
Auch für uns ist Gewalt innerhalb unserer Zusammenhänge kein Mittel der Auseinandersetzung und wir sollten alle darauf drängen die Situation unter uns nicht weiter eskalieren zu lassen.

Doch diese Auseinandersetzung und wie sie geführt wird lenkt von den eigentlichen Problemen ab.

Die Entwicklung ließ sich seit mindestens einem Jahr absehen.
Es war in aller Munde gewesen, daß es Ende dieses Jahres, (Auslaufen der Kurzarbeiterregelung und Warteschleife, Mieterhöhungen etc.) krachen würde. Jetzt kracht es - aber, verdammt nochmal, an der falschen Stelle.

Von uns aus ist dem staatlichen Rassismus, der schon seit längerem auf Hochtouren läuft nichts entgegengesetzt worden, es wurde keine politische Strategie entwickelt, geschweige denn eine Perspektive aufgezeigt.
Die Herrschenden in diesem Land haben mit gefälschten Zahlen, permanenter Propaganda und bewußt geschürten Ängsten geschickt von ihren eigentlichen Problemen abgelenkt, die Ausländergesetzgebung wird weiter verschärft und das Asylrecht faktisch abschafft.

Doch erst die pogromartigen Angriffe in Hoyerswerda und der nicht enden wollende faschistische Terror gegen AusländerInnen vermochten die deutsche Linke wachzurütteln.
Für uns ist es de facto eine Niederlage, daß wir überhaupt nach HY fahren mußten.

Schon in der Vorbereitung der Demonstration wurden eher technische Dinge besprochen als die politischen Dimensionen und unsere politische Stoßrichtung.

Wir haben kaum darüber gesprochen an wen sich die Demo richten sollte. An die Bevölkerung von HY, dies war vordiskutiert und in Sprüchen wie "Schämt Euch" zum Ausdruck gebracht worden; doch dies läßt die Politik der Herrschenden unangetastet.

Die Demo hat sich an keinem Punkt an die wirklich Verantwortlichen gerichtet, wir sind weder an der Ausländerbehörde, an der Bullenwache noch am Rathaus vorbeigelaufen. Wenn wir an diesem Punkt, an dem wir jetzt sind, stehenbleiben, dann war diese Demonstration nicht mehr als eine wandelnde Mahnwache an die Bevölkerung.

Worüber sowohl das obengenannte Papier als auch der Beitrag in der letzten Interim sehr schnell hinweggehen ist die Tatsache, daß die politische Führung und ihre polizeilichen Erfüllungsgehilfen die Flüchtlinge in HY nicht verteidigen mochte und dazu beitrug HY zu einer nahezu "ausländer-freien" Stadt zu machen, andererseits keine Scham bei dem Versuch empfand die antifaschistischen Demo zu verhindern.
Grund zum Aufregen sind nicht das häufchen Leute, die zum Schutz vor einem Angriff der Bullen ein paar Steine ausbuddelten, sondern diejenigen, die die ersten Ketten alleine weiterlaufen ließen, weil sie der Anblick von ein paar weißen Helmen scheinbar so lähmte, daß sie sich nicht trauten weiterzulaufen.
In der Konsequenz heißt das, daß zukünftig jede Demo durch einen Schupo an der Straßenkreuzung verhindert wird.

Durch die Demo sollten politische Strukturen geschaffen werden. Doch war dies leider einen Schritt zu spät, die Pogrome hatten bereits stattgefunden, die meisten AusländerInnen waren zum Zeitpunkt der Demo bereits weggekarrt worden.
Der Kontakt zur Bevölkerung kann nicht über eine einmalige Demonstration aufgebaut werden, sondern nur über die kontinuierliche Organisierung und Schaffung von Strukturen.
Was ist mit den Leuten dort jetzt? Wir haben Verantwortung für diejenigen, die sich auf der Demo offen Position bezogen haben, übernommen.

Angriffe gegen Faschisten konnten nicht umgesetzt werden, da sie sich vorsorglich nicht blicken ließen.

Fakt ist das unterschiedliche Betroffen sein von ausländischen und deutschen Menschen - während AusländerInnnen auf offener Straße angegriffen, ihre Wohnheime überfallen und angezündet werden, selbst ihre Kinder ihres Lebens nicht mehr sicher sind, kann sich der Großteil der bundesdeutschen Linken in ihren WG's noch in scheinbarer Sicherheit wiegen. NOCH!
Laßt uns nicht über unsere "Feelings" auf Demos reden, sondern über die neue Qualität der gesellschaftlichen Auseindersetzungen. **Es geht um das physische Überleben der ausländischen Menschen und um das politische Überleben der Linken in diesem Lande!**

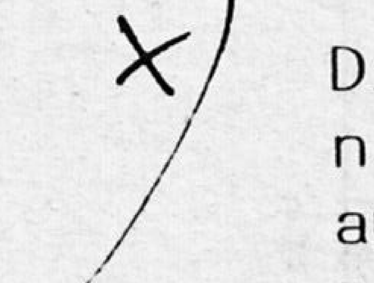
Es kommt jetzt darauf an nicht Verbalradikalismus zu zeigen sondern Entschlossenheit.

Laßt uns darüber nachdenken **WIE** wir anfangen **WAS** zu tun!

Es liegt an uns allen ein Klima zu schaffen, in dem solidarisches Handeln und miteinander Umgehen möglich ist und trotz aller Vielfalt unseren Widerstand voran zu bringen.

Die ausländischen GenossInnen bleiben in unseren Strukturen, denn nur mit ihnen zusammen können wir überhaupt sinnvoll den antifaschistischen und antirassistischen Widerstand entwickeln!

AntifaschistInnen aus dem Wedding, Kreuzberg und von Antifasist Genclik



Die Wörter "ausländisch" und "deutsch" sind nicht gesagt worden. So daneben die Äußerung auf der VV war, durch die Zusätze wird noch eine rassistische Haltung unterstellt.
Diese Diffamierung ist Ätz. Die Red.

A

B

Zwischen Verteibung und Sozialrevolte

Fortsetzung des Artikels aus Interim Nr. 164

3. MIGRATIONSBEWEGUNGEN IN DEN 90ER JAHREN

In den 80er Jahren wurde bereits eine Entwicklung deutlich, die in ganz West-Europa hektische Aktivitäten seitens der Herrschenden auslöste: in fast allen westeuropäischen Ländern nahm die Anzahl der Flüchtlinge und MigrantInnen aus den Drei Kontinenten spürbar zu. Waren bis Mitte/Ende der 70er Jahre die "Brennpunkte" der Migrationsbewegungen regional begrenzt, konzentrierten sich also in der Regel auf die jeweiligen Nachbarländer, so deuteten die Flüchtlingszahlen in Westeuropa Anfang der 80er eine Änderung an, auch wenn bei weitem nicht von einer "Massenbewegung" gesprochen werden konnte. Die wenigen, die es bis hierher geschafft hatten, stellten lediglich die Spitze eines Eisberges dar, von weltweit Millionen von Menschen, die - ihrer Existenz beraubt und zwangsmobilisiert - sich auf die Suche nach neuen Überlebesmöglichkeiten gemacht haben. In den Analysen der 80er Jahre zur imperialistischen Flüchtlingspolitik wurden sie lediglich als Vorboten der trikontinentalen Unterklassen gesehen, die zunehmend versuchen werden, ihr Recht auf Existenz in West-Europa durchzusetzten. Die Entwicklung Anfang der 90er scheint die damaligen Analysen weitgehenst zu bestätigen (zu den Analysen und Debatten der 80er Jahre siehe u.a. Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen, 1987).

Für die 90er Jahre prophezeit u.a. der "Hohe Flüchtlingskommisar der Vereinten Nationen" T. Stoltenberg in der FAZ: *"Aber wir werden eine große Wanderungsbewegung in der Welt haben, und das einmal wegen der Revolution der Transportmittel und der Wege, wegen der Informations-Revolution - die Tatsache, daß immer mehr Menschen sich weigern werden, wie bisher ergeben in Armut und Hunger zu leben. (...) Die große Mehrheit der Menschheit weiß, daß die Minderheit auf der Welt in großem Reichtum lebt - das allein wird zu weiteren Bewegungen einladen."* (FAZ, 29.8.90) Gemeint sind jetzt nicht mehr nur die Menschen der Drei Kontinente, sondern auch, durch die rasanten Umbrüche in Osteuropa, die dort lebenden Menschen.

Bei der Formierung einer westeuropäischen Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik spielt gerade die Entwicklung der angrenzenden Länder und Regionen - sprich Nordafrika und Osteuropa - aufgrund der geographischen Nähe eine besondere Rolle. Dies sowohl hinsichtlich des eigenen Migrationspotential, als auch als "Zwischenstation".

Ost - West - Wanderung

Seit dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" mit den daraus resultierenden tiefgreifenden Umwälzungsprozesse in Osteuropa jagt eine Wanderungsprognose die nächste. "Fachleute" rechnen, laut FAZ vom 25.1.91, mit bis zu 30 Millionen Menschen, die, wenn die Sowjetunion ihr Ausreisegesetz verabschiedet, sich auf den Weg gen Westen machen werden. *"Wir werden eine Völkerwanderung erleben, wie es sie in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat"*, prophezeit Hagen Schulz, Geschichtsprofessor an der Universität der Bundeswehr in

München ("ZEIT," Feb.1991). Der polnische Schriftsteller Kapuscinski beschreibt seine apokalyptischen Visionen folgendermaßen: *"Die gewaltige Welle, die auf uns zurollt, läßt sich nicht mit den bisherigen Emigrationsbewegungen etwa aus Jugoslawien oder der Türkei vergleichen. Denn diese liefen einigermaßen geregelt ab und waren über viele Jahre verteilt. Die Emigrationswelle aus der Sowjetunion könnte gleichsam wie eine Sturzflut über Westeuropa hereinbrechen."* ("SPIEGEL", 50/90). Die Superlativen in den Prognosen überschlagen sich, nichts scheint ausreichend zur Beschreibung der Situation. Bei allen Horrorszenarien, die da entworfen werden, um weitere restriktive Maßnahmen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen zu legitimieren, weisen die Prognosen in der Tat auf eine reale Entwicklungstendenz hin, die die Herrschenden in Angst und Schrecken versetzt.

Die Umbrüche in Osteuropa gehen einher mit einer rasant fortschreitenden, massenhaften Verarmung und Verelendung. Die Existenzbedingungen für große Teile der Menschen gleichen sich zunehmend denen der Drei Kontinente an. Auch mittel- und langfristig deutet sich an, daß es für die größten Teile Osteuropas nur eine Perspektive der absoluten Armut geben wird. Das Interesse des Kapitals an Osteuropa beschränkt sich auf wenige Länder bzw. Regionen, denen aufgrund eines "einigermaßen disziplinierten Industrieproletariats" Chancen auf eine kapitalistische Entwicklungsperspektive eingeräumt werden. Realistisch erscheint das Bild der Existenz einiger weniger regionaler Wohlstandsinseln in einem Meer massenhafter Armut für die osteuropäischen Länder (siehe hierzu Artikel "EG und Osteuropa").

Die rasant zunehmende Verarmung und Verelendung ist dabei nicht einziger Wanderungsgrund. Die tiefgreifenden Umwälzungsprozesse in Osteuropa sind nicht nur ökonomischer Natur, sondern zielen auch auf die Zerstörung der vorhandenen Sozialstruktur und Lebensgewohnheiten, die zu einer massenhaften sozialen Entwurzelung führt. Zudem eröffnet der Fall des sogenannten "Eisernen Vorhangs" nicht nur eine geographische Nähe zu den westeuropäischen Staaten. Auch - oder gerade - rücken die Symbole des westlichen Reichtums in greifbare Nähe und deuten an, daß es besseres gibt, als sein Leben am Rande des Existenzminimums zu fristen. Dies ist nicht nur für Osteuropa von Bedeutung. Die Wirtschaftswoche drückt das folgendermaßen aus: *"Vor allem ist die kulturelle Distanz geschrumpft: Amerikanische und europäische Trivialserien flimmern über die Fernsehschirme der armen Staaten, geben neue kulturelle Normen vor und wecken neue Ansprüche: rund ums Mittelmeer wie bereits in Osteuropa. Wichtig auch das Telefon als Kommunikationsmittel zwischen Herkunftsland und fernem Ziel. Schon ausgewanderte Landsleute verbreiten Informationen über die Lebensumstände und setzen so oft eine Kette von Wanderungsbewegungen in Gang."* (Wirtschaftsoche, 16.11.90).


In Rumänien

Weiterer Wanderungsgrund sind die überall aufbrechenden Nationalitätenkonflikte, die oft genug verbunden sind mit Verfolgung und Bürgerkrieg. Dahinter verbergen sich nicht zuletzt die Konfliktlinien zwischen Armuts- und Investitionszonen, wie u.a. die Auseinandersetzungen in den baltischen Staaten gezeigt haben, und wie es auch jetzt in Jugoslawien wieder deutlich wird.

Dies sind entscheidende Gründe und bilden den Hintergrund für die von den Herrschenden so mit Angst und Schrecken erwartete Ost-West-Wanderung, die ja schon längst begonnen hat. Das Medienspektakel um die nach Italien geflüchteten Albaner dürfte, als



Albanische Flüchtlinge springen in Brindisi an Land

jüngstes Beispiel, den meisten noch gut im Gedächnis sein.

Darüberhinaus kommt den Länder Osteuropas eine neue Rolle als "Transitländer", vor allem für Flüchtlinge und MigrantInnen aus dem Nahen Osten und Asien zu. Laut offiziellen Angaben wurde z.B. in Ungarn die Anzahl der Menschen allein aus den arabischen Ländern Mitte letzten Jahres mit 13.000 beziffert (TAZ, 26.6.90).

Süd - Nord - Wanderung

Bei der Süd-Nord-Migration werden oft ähnliche Superlative zur Beschreibung der möglichen Wanderungsbewegungen benutzt wie zuvor in Bezug auf Osteuropa. Von einem Migrationspotential, das in der Menschheitsgeschichte beispiellos wäre, ist da u.a. die Rede (vgl. Chesnais, 1990). Parallelen zur Ost-West-Wanderung werden häufig gezogen: *"Dabei leben die Afrikaner genauso in unserer nächsten Nähe wie die Polen oder Russen. Wenn ihre Wirtschaft, Gesellschaft und Politik weiterhin so kraß unter dem Niveau des westeuropäischen Wohlstandes verharren, werden uns die Armutsflüchtlinge aus Afrika genauso heimsuchen, wie wir es von Polen und Russen bereits befürchten."* (FAZ, 31.12.90). Und es ist in der Tat davon auszugehen, daß sich der Auswanderungsdruck von Süden nach Norden noch um ein vielfaches erhöhen wird.

Von den Nordafrikanischen Staaten, wie auch in anderen Länder der Drei Kontinente, fordert das internationale Kapital die radikale "Modernisierung" der Ökonomie. Zudem bestehen forcierte Bestrebungen vor allem der Kernstaaten des Maghrebs (Marokko, Tunesien und Algerien), ihre Position von der untersten Stufe der Schwellenländer auszubauen und Anschluß an die Märkte der EG zu gewinnen. Diese "Modernisierung" der Ökonomie läuft auf den Versuch eines radikalen Angriffs des Kapitals auf die Existenzgrundlagen der Unterklassen und ihrer gleichzeitigen Verwertung hinaus: Streichung großer Teile des Sozialhaushaltes, Kürzung der Subventionen für Grundnahrungsmittel, Erhöhung des Schulgeldes usw. bei gleichzeitiger Ausbeutung in den cash-crop-Plantagen und Billiglohnklitschen. Vor allem die Grundnahrungsmittelpreise sollen nicht mehr länger vom Markt abgekoppelt bleiben. Diese massiven Angriffe auf die Existenzgrundlagen der dort lebenden Menschen haben in den 80er Jahren in fast allen nordafrikanischen Staaten zu erheblichen Unruhen und sozialen Kämpfen geführt (vgl. Projekt Wüstensand 1990). Und auch Anfang der 90er Jahre hat sich die Situation keineswegs beruhigt, Nordafrika gleicht immer noch einem Pulverfaß. Hinzu kommt, daß, aufgrund der demographischen Entwicklung, der Anteil der Jugendlichen innerhalb der Unterklassen rasch wächst, und diese - mobil und informiert - sich zunehmend weigern werden, ihr Dasein ohne Perspektive am Rande des Existenzminimums zu fristen. *"Was liegt für die Notleidenden und die Unzufriedenden jenseits des Mittelmeeres näher, als die Blicke auf das dünnbesiedelte, gastfreundliche Frankreich zu richten, wo schon so viele der Ihren ein Auskommen gefunden haben?"* fragt sich die FAZ (FAZ, 30.4.90), und daß nicht nur Frankreich Wanderungsziel ist, dürfte klar sein.

Aber nicht nur das "eigene" Migrationspotential Nordafrikas bereitet den Herrschenden Kopfzerbrechen. Die afrikanischen Mittelmeerländer werden zusehends "Zwischenstationen" für Wanderungsbewegungen des ganzen afrikanischen Kontinents ebenso wie aus dem Nahen Osten.



Afrikanische Händlerin in Madrid

4. IMPERIALISTISCHE FLÜCHTLINGS- UND MIGRANTINNENPOLITIK GEGEN DAS RECHT AUF EXISTENZ

Die Rahmenbedingungen, unter denen eine westeuropäischen Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik - beschleunigt - entwickelt wird, sind skizziert. Die Dimension der Veränderungen und die daraus resultierenden "Erfordernisse" machen nationalstaatliche Lösungsansätze weitgehend unwirksam und für die Herrschenden eine westeuropäische Antwort notwendig. A.Casella resümiert die Entwicklung der 80er Jahre folgendermaßen: *"Das eigendliche Problem der irregulären Asylbewerber in Europa, so wie es heute verstanden wird, begann 1982 und 1983. Es blieb damals unaufgedeckt, da es keinen Mechanismus gab, mit dem die europäischen Staaten Daten vergleichen und Politiken abstimmen konnten. (...) Obwohl das Asylproblem ein europäisches war, war jede einzelne Regierung darauf aus, autonom zu handeln. 1984 hatten alle betroffenen Staaten unkoordinierte Maßnahmen getroffen, um den Zustrom einzudämmen, in dem sie neue Flüchtlingsgesetze und Beurteilungen anwandten. (...) Da die verschiedenen restriktiven Maßnahmen in ganz Europa keine qualitativen Erfolge hatten und im besten Fall nur die Lasten auf die Nachbarstaaten abgewälzt haben, ist die Zeit für eine umfassende westeuropäische Flüchtlingspolitik gekommen...."* (Casella, 1988). Die Dynamik der Umbrüche in Osteuropa und der damit verbundene Auswanderungsdruck wirken hier lediglich wie eine Art Beschleuniger.

Die "Notwendigkeit" einer koordinierten Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik bestreitet seitens der Herrschenden niemand mehr. Die Formel ist einfach und allerorts zu hören: Kein Staat kann mit diesem - einem der wichtigsten "Probleme" der 90er Jahre - alleine fertig werden. Gebraucht wird eine koordinierte Politik gegen **unkontrollierte** Einwanderung (vgl. u.a. Schäuble in FAZ, 3.1.91, damaliger Premier Rocard in FAZ, 30.4.90, Europarat in "ZEIT", 15.2.91). Gerade die letzen zwei Jahre sind geprägt von erheblichen Bemühungen beschleunigt zu einer abgestimmten Politik zu kommen: eine "Migrationskonferenz" jagt die nächste, diverse Kommissionen und Arbeitsgruppen arbeiten auf Hochtouren. Dabei wird mittlerweile einhellig von der Grundannahme ausgegan-

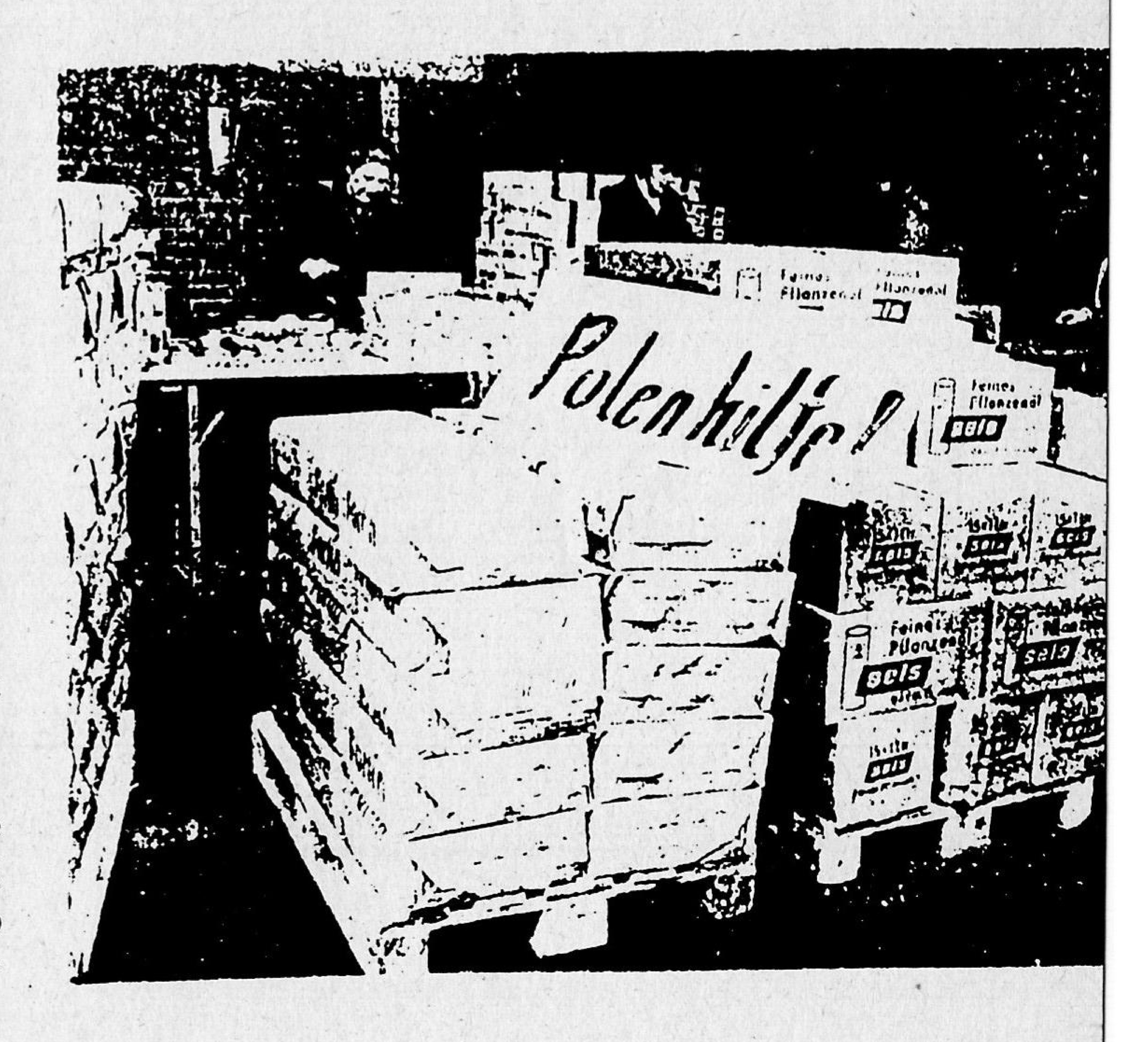


Asylbewerberlnnen in der Hamburger Ausländerbehörde

gen, daß alleine eine koordinierte, restriktive Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik nicht ausreichen wird, die Wanderungsbewegungen "gen Westen" unter Kontrolle zu bringen (vgl. u.a. Bericht der Europäischen Kommission in FAZ, 8.5.91)

Präventivmaßnahmen zur Regulierung von Migration

"Die Armen und Elenden dieser Welt werden sich ihren Teil holen, wenn wir nicht lernen, freiwillig abzugeben. Das werden wir nicht verhindern können, weder durch drastische Grenzkontrollen noch durch neue Rechtsvorschriften, die gegenüber dem Einwanderungsdruck nicht mehr als bedrucktes Papier bleiben." resümiert Herbert Schnoor, Innenminister von NRW in einem Gespräch mit der FR (FR, 7.11.90). Was sich hinter dem von Schnoor so "freundlich" formulierten "freiwilligen Abgeben" verbirgt, ist nichts anderes als das Einstimmen in den Ruf nach Prävention, nach Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Regulierung von Migration. Als ein strategisches Standbein der Herrschenden zur Kontrolle von Wanderungsbewegungen sind die präventiven Maßnahmen zu verstehen. Es ist ein Versuch, den Wanderungsdruck im Vorfeld so weit wie möglich abzuschwächen (vgl. FAZ, 8.5.91). Gemeint sind z.B. die verschiedenen Assoziierungsabkommen mit Staaten Osteuropas und Nordafrikas, wobei die Abkommen mit Tunesien, Marokko und Algerien bei weitem nicht so "vorteilhaft" ausfallen, wie z.B. mit der CSFR und Ungarn. Ebenso als präventive Maßnahme ist die umfangreiche Wirtschaftshilfe für die Staaten Osteuropas zu verstehen, wie auch der Export von Sozialtechniken (z.B. Arbeits-und Sozialämter) zur Entschärfung von "sozialem Sprengstoff". Das gleiche gilt für die - zahlenmäßig eher symbolischen - Absprachen über Arbeitskräftekontingente, oder die Überlegungen zur Schaffung einer "Sonderwirtschaftszone" als "Puffer" zwischen West- und Osteuropa. Ein weiteres Beispiel wären die massiven Bemühungen darum, die Verabschiedung der Ausreisegesetze in der SU soweit wie möglich zeitlich nach hinten zu verschieben. Nach langem hin und her ist der endgültige Termin jetzt für den 1.7.1993 vorgesehen.



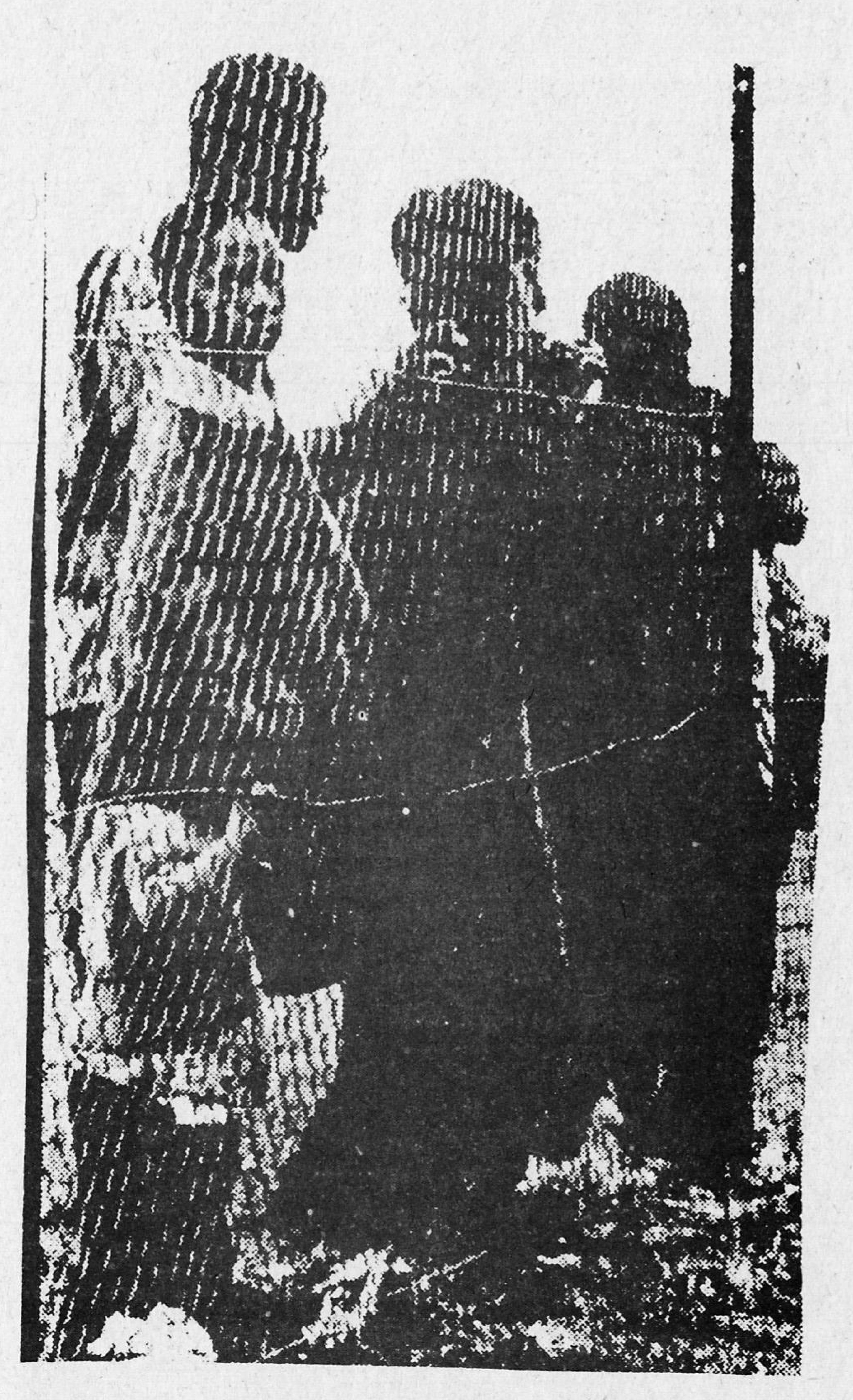
Die Erhöhung der Entwicklungshilfe der EG im Dezember 1990, mit Schwerpunkt auf den afrikanischen Mittelmeerraum – wenn auch im Umfang nicht mit der Wirtschaftshilfe für Osteuropa vergleichbar – dürfte ebenfalls vor diesem Hintergrund zu sehen sein (FAZ, 3.1.91).

Auch die Vernichtung potentieller, überzähliger MigrantInnen bzw. "Nicht-Verwertbarer" im Rahmen bevölkerungspolitischer Programme gehört mit ins Repertoire der präventiven Maßnahmen. Der ganze afrikanische Kontinent wurde in den 80er Jahren als neue Familienplanungsfront auserkoren und massive finanzielle und technische Hilfe dorthin umgeleitet. Vor allem die BRD ist in den letzten Jahren zu einem der weltweit größten Finanziers solcher Bevölkerungsvernichtungsprogramme geworden (vgl. Sprenger 1990). Weitere Beispiele sind die Zwangssterilisationen von Roma-Frauen in der CSFR (TAZ, 29.6.90) oder die offene Propagierung von Bevölkerungspolitik in der Sowjetunion (vgl. "Leninismus und Perestroika Teil 2").

Koordinierung der Instrumente zur Selektion und Kontrolle

In Bezug auf die Koordinierungsbemühungen der Herrschenden hat das Schengener Abkommen mittlerweile Symbolcharakter erlangt und die Aktivitäten der alten Sechsergemeinschaft EWG (Frankreich, BRD, BeNeLux-Staaten und Italien) und seit neustem Spanien und Portugal dürften im Groben bekannt sein (vgl. diverse Veröffentlichungen zu Schengen, u.a. in CILIP u.a. 1990). Auf der Dubliner Asylkonferenz im Juni 1990 wurden in der Stoßrichtung eine Reihe von Maßnahmen nachvollzogen. So z.B. die Erweiterung der Visumspflicht auf 59 Staaten, um sowohl Migration an sich zu erschweren bzw. zu verhindern als auch eine Selektion gleich "vor Ort" vornehmen zu können. Mit dem Prinzip "one chance only" – vorbehaltlich der Zustimmung Dänemarks – wurden die Konsequenzen aus dem "Dilemma" der 80er Jahre gezogen: nur noch der Staat der ersten Einreise oder der Staat, für den der Antragsteller ein Visum besitzt, entscheidet über seine Aufnahme, mit bindender Wirkung für alle EG-Staaten (vgl. "ZEIT", 9.11.90).

Ein weiterer Schwerpunkt der Koordinierungsbemühungen ist der sogenannte "Sicherheitsausgleich" für den geplanten Wegfall der Binnengrenzen. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als der forcierte Ausbau der Daten- und Informationssysteme auf westeuropäischer Ebene. TREVI z.B. beschäftigt sich explizit mit Migrationsfragen und steht für die europaweite Koordination der polizeilichen Zusammenarbeit, mit gemeinsamem Datenverbund zwischen den EG-TREVI-Ländern. Auf allen Ebenen sind Datenbanken und Informationsaustausch Kernstücke der Koordinierung. In Dublin wurde die Vereinbarung über den Austausch von Einzelinformationen über Flüchtlinge und MigrantInnen auf EG-Ebene beschlossen ("ZEIT", 9.11.90). Im "Schengenland" ist, neben dem jetzt schon bestehenden regelmäßigen Austausch, die Einrichtung eines gemeinsamen Informationssystem in Straßburg in Planung (FAZ, 21.6.90); das Modell des Ausländerzentralregisters der BRD wird zum Exportschlager und die Möglichkeiten zur Kontrolle und Selektion.





Notting Hill Carnival, London 1989

z.B. über den Bezug von Sozialleistungen, "ausreichend" Wohnraum oder politischer Betätigung, werden wesentlich erhöht.

Ein anderes Schlagwort ist das des "Lastenausgleichs", sprich der Zwangsumverteilung innerhalb Westeuropas. *"Der nächste Schritt wird sein* (nach der "Harmonisierung" des Asylrechts), *daß wir dann innerhalb Europas auch zu einem Lastenausgleich kommen, daß wir also versuchen, so ähnlich wie wir das heute innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zwischen den 16 Bundesländern machen, die Asylbewerber einigermaßen gleichmäßig entsprechend der Aufnahmefähigkeit jedes Staates zu verteilen."* (Schäuble in FAZ, 3.1.91). Neben einem finanziellen Aspekt und dem der "besseren" Verwertbarkeit, dürfte das Instrument der Zwangsumverteilung auch zunehmend unter dem Aspekt der Aufstandsbekämpfung zu sehen sein und zwar in dem Sinne, daß von vornherein versucht wird, das Entstehen zusammenhängender `comunities` und somit potentieller Widerstandsstrukturen in größerem Maßstab zu verhindern. Nach den heftigen sozialen Kämpfen vor allem in den Trabantenstädten rund um Paris und der Besetzung von 200 Häusern in Paris von Flüchtlingen und MigrantInnen im letzten Jahr, geriet die "mangelnde Umverteilung" auf die Kommunen und die damit zusammenhängende Ghettoisierung zunehmend in den Mittelpunkt der Kritik (FAZ, 24.4.90, 1.6.90 u. 23.6.90).

Neben der Zwangsumverteilung innerhalb der EG-Staaten gibt es weitergehende Überlegungen hinsichtlich eines "europäischen Schemas", das z.B. über Umsiedlungsquoten die Haupttransitländer an der "Peripherie Westeuropas" miteinschließt. Selektion und Kontrolle ist auch hier wieder der Kerngedanke. A. Casella verdeutlicht dies folgendermaßen: *"Umgekehrt ist es unrealistisch, zu erwarten, daß die Türkei - ein wichtiges Transit- und Asylland für Iraner - Iraner davon abhalten wird, nach Europa weiterzureisen, oder jene die es illegal taten, wieder aufzunehmen, ohne als gleichwertiger Partner in das europäische Schema aufgenommen und mit einer substantiellen Umsiedlungsquote innerhalb Europas versehen zu sein. Eine solche Quote, im Rahmen einer umfassenden Abstimmung mit der Türkei, läge auch*



im Interessen der Europäer, denen mehr damit gedient ist, 4000 identifizierte und ausgewählte iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen, als mit der irregulären Einreise von 20.000 Nichtidentifizierten konfrontiert zu sein." (Casella, 1988).

Militarisierung der Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik

Um die "unkontrollierten Wanderungsbewegungen" unter Kontrolle zu bekommen , gehören zunehmend militärische Maßnahmen mit in das Programm westeuropäischer Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik. Der Bundesgrenzschutz der BRD z.B. kontrolliert schon seit geraumer Zeit die Einreisenden nicht mehr nur an bundesdeutschen Flughäfen. U.a. in Sri Lanka, Nigeria und Ghana läßt er sich - in Uniformen der Lufthansa - die Pässe und Visastempel der Passagiere zeigen (TAZ, 4.9.90): Selektion und Kontrolle "vor Ort". Auch Grenzbefestigungen wie an der amerikanisch-mexikanischen Grenze sind längst in greifbare Nähe gerückt. Die Beteiligung des Militärs an der Grenzüberwachung in einer Reihe von europäischen Staaten ist Realität: Anfang September wurden nach einstimmigem Beschluß im Wiener Ministerrat 3 Bataillone mit insgesamt 1.500 Mann an die Grenze verlegt, *"um diese gegen die unliebsamen Eindringlinge aus dem Osten zu verteidigen."* ("SPIEGEL", 37/90, 10.9.90). Grenzkontrollverschärfungen ebenfalls in Polen, Finnland und der CSFR (FAZ, 3.1.91), sowie in Spanien (TAZ, 10.5.90). Und auch in Italien ist es seit gut einem Jahr offiziell: *"Um der heimlichen Zuwanderung aus Nordafrika Herr zu werden, läßt die italienische Regierung seit April besonders neuralgische Anlaufstellen außer von der Grenzpolizei von Militäreinheiten bewachen."* ("ZEIT", 9.11.90).



Tamilen bei der Ankunft am Flughafen Frankfurt

Die Vision Schäubles, von stacheldrahtumzäunten Massenlagern auch in Europa, in denen Tausende zusammengepfercht unter Kontrolle gehalten werden, erscheint angesichts der Entwicklung vorstellbar (Schäuble, im ZDF-Interview Mitte letzten Jahres).

5. FAZIT

Es dürfte deutlich geworden sein, daß "die Abschottung der Grenzen" nur eine Seite der Medaille bei der Formierung einer westeuropäischen Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik ist. Uns war es an dieser Stelle wichtig, die dahinterstehende Verwertungslogik einer solchen Politik in den Mittelpunkt zu stellen, da dieser Aspekt in der Diskussion häufig unterbelichtet ist. In diesem Zusammenhang stehen wir auch der oft vertretenen These skeptisch gegenüber, daß die westeuropäischen Staaten bestrebt wären, die Flüchtlinge und MigrantInnen der Drei Kontinente aus Westeuropa fernzuhalten, da sie ihnen die "weißen Osteuropäer" vorziehen würden. Hier stellt sich u.E. die Frage, ob dies nicht ein zu stark BRD-geprägter Blick ist. Auch die bisher ergriffenen Maßnahmen bezüglich osteuropäischer Flüchtlinge und MigrantInnen deuten nicht auf eine generelle "Bevorzugung" hin: der Europarat "ermuntert" zur allgemeinen Visumspflicht für Osteuropäer, Östereich führt dieselbe für Polen (vorerst begrenzt für 6 Monate) ein (FAZ, 26.1.91), Frankreich entzieht Menschen aus Ungarn, Polen und der CSFR den Flüchtlingsstatus (FAZ, 21.12.90), und in der BRD muß, nach Darstellung des Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf, mit einer massenhaften Aberkennung des "Asylstatus" für Osteuropäer gerechnet werden (TAZ, 28.3.90). D. h. in der Konsequenz: Verlust von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Abschiebung oder Illegalität.
Zumindest aus Sicht des Kapitalinteresses ist die Entscheidung eindeutig:



Protestmarsch der Roma von Köln nach Düsseldorf gegen ihre Abschiebung

nicht Herkunft oder Hautfarbe steht im Mittelpunkt, sondern die Verwertbarkeit. "Die Lösung" der östereichischen Regierung nach einem wochenlangen hin und her um die Abschiebung der überall rassistisch verfolgten Roma ist beispielhaft: *"Jetzt sollen amtliche "Schnelltests" auf die Arbeitstüchtigkeit und Einsatzfähigkeit jener Personen rumänischer Staatsbürgerschaft vorgenommen werden, denen zwar der Asylanten- und damit der Flüchtlingsstatus verweigert wurde, denen aber dennoch die Chance gewährt werden soll, sich "in den industriellen Arbeitsprozeß in Östereich einzugliedern." (...) Östereichische Industriesprecher stellen indessen fest, es gebe eine große Zahl offener Stellen, die gut mit ausländischen Arbeitskräften besetzt werden könnten, nicht zuletzt im Gastgewerbe."* (FAZ, 1.12.90). Hier setzt höchstens der Rassismus der Bevölkerung dem Verwertungsinteresse des Kapitals Grenzen.

Gegen diese Verwertungslogik des Kapitals gilt es weiterhin, die Forderung nach offenen Grenzen, freien Bewegungsmöglichkeiten für alle und die Abschaffung jeglicher Sondergesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen in den Köpfen der Menschen zu verankern und mit allen Mitteln praktisch umzusetzen. Sich auf Debatten um Kontigentierung und Einwanderungsgesetze einzulassen, wie u.a. zur Zeit DIE GRÜNEN, oder auf die Spaltung in "Wirtschaftsflüchtlinge" und "politische Flüchtlinge", heißt nichts anderes, als sich auf die Ebene der Selektion der Herrschenden zu begeben, und damit wiederum die Sondergesetze und repressiven Maßnahmen zu legitimieren.

GRENZEN AUF FÜR ALLE!

LITERATUR

Neben der Tagespresse sowie der "ZEIT", "SPIEGEL" und "Wirtschaftswoche" wurden folgende Quellen benutzt:

Bundeskongreß der Flüchtlinge und EmigrantInnen: "Kongreß-Reader", Oldenburg 1989

Casella, A.: "Das Asylproblem - eine Herausforderung für Europa", Europa-Archiv, Folge 13/1988, S.371-380

Chesnais, J.-C.: "Das Mittelmeer und die Migration von morgen", TAZ-Journal, 24.12.1990 -Journal, 24.12.1990

CILIP u.a. (Hg.): "Europol - Die Bullen greifen nach den Sternen, Hamburg 1990

Deutsche Bundesbank: "Längerfristige Entwicklungstendenzen am Ar beitsmarkt", Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1990, S.32-40

Heinz, W.: "Free Movement of Labour in the Single European Market", Intereconomics, 3/4 1990, S.77-81

Koordination Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen: "Materialien gegen imperialistische", Flüchtlingspolitik", Köln 1987

Konle-Seidl u.a.: "Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000", Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufs Forschung, 2/1990, S.205-226

Projekt Wüstensand: "Die Brotrevolten in Nordafrika 1983-1988", Düsseldorf 1990

Schmid, J.: "Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik in Deutschland", Aus Politik und Zeitgeschichte, 28.4.1989, S.3 -39

Sprenger, U.: "Wer hat Angst vor schwarzen Frauen?", AK 315, 5.2.1990

Straubhaar,T.: "International Labour Migration within a Common Common Market: Some Aspects of EC xperience", Journal of Common Market Studies, Vol. 27(1988), S.45-62

Tichy, R.: "Ausländer rein! Warum es kein `Ausländerproblem` gibt", München 1990



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

DAS BALTIKUM UND WIR

An den Mauern in einer Straße mitten in Madrid ist, mit den Initialen einer der ultraspanischsten Gruppierungen, eines legitimen Kindes des Franquismus, unterschrieben, zu lesen: "Katalonien ist Spanien!"

Nun gut, dieselbe Unterschrift steht im Sommer 1990 unter den Blättern, auf denen im madrider Zentrum "für die Unabhängigkeit Litauens" Unterschriften gesammelt werden.

In meinem letzten Artikel erwähnte ich schon einmal mein glückliches Zusammentreffen mit den litauischen Unabhängigkeitsbefürwortern, die sich mir auf der Straße näherten, mit Block und Kugelschreiber, und mich sehr höflich um meine Unterschrift baten, worauf ich nicht weniger höflich erwiderte, daß ich nichts lieber täte, vorausgesetzt, sie forderten gleichzeitig die Unabhängigkeit Euskadis. Sofort nahm ihr Gesicht einen Ausdruck zwischen Erschauern und Ironie an, sie wendeten sich von mir ab und ihren hispanophilen Freunden zu, die in der Nähe bereit standen und während ich mich entfernte, schenkten sie mir noch ein gehöriges Maß Beachtung. Diese Reaktion auf mein Spielchen wäre gar nicht nötig gewesen, das Problem war mir schon vorher klar. Tatsächlich sollte dieses "Happening" nur meine vorherige Analyse bestätigen.

Schon, als ich vor einiger Zeit in den Straßen Euskadis Plakate der Patrioten sah, die eine Solidarität mit der baltischen Unabhängigkeit ausdrückten, dachte ich, dies sei ein politischer Fehler. Ich betone "politisch", weil das die konkrete Ebene ist, auf der der Fehler gemacht wird. Damit will ich sagen, daß selbstverständlich nichts daran falsch ist, wenn die Basken, die die Unabhängigkeit Euskalherrias lieben und ersehnen, (und auf die eine oder andere Weise dafür kämpfen), eine abstrakte Solidarität zu allen Völkern ausdrücken, die ihre Unabhängigkeit erstreben, und so auch zu den baltischen. Aber auf der konkreten, realen Ebene gibt es Unabhängigkeit und Unabhängigkeit. Unsere Solidarität muß den Völkern gelten, d.h. dem Volk, der revolutionären Arbeiterklasse jeder Nation, niemals ihren Oligarchen oder ihren faschistischen oder kryptofaschistischen Bewachern.

Die Idee der Unabhängigkeit ist eine Abstraktion (so nötig und legitim wie jede andere), aber als solche ungeeignet, das Real-Konkrete zu erleuchten und v.a. zu verändern. Es gibt formale Unabhängigkeit wie es formale Demokratie gibt. Nicht, daß Formen keinerlei Wichtigkeit besäßen, sie haben diese, wenn sie aus einer inneren Wahrheit entstehen, von der sie äußerer Ausdruck werden. So blieb z.B. Panamá nach der US-Invasion formal das, was es seit seiner Unabhängigkeit von Spanien immer gewesen war: Ein souveräner Staat (mit Botschaftern, Flagge, Hymne, Grenzen, Zoll, Rechtsprechung, kurz, allen Zutaten eines unabhängigen Staates). Trotzdem gehört viel Ignoranz dazu, zu glauben, Panamá wäre oder sei jemals etwas anderes gewesen als eine Kolonie oder ein Anhängsel der USA. Nur bestimmte soziopolitisch-militärische Agitationszeitschriften gestehen Panamá in Würdigung der Volkskämpfe wenn schon nicht die Unabhängigkeit, wenigstens die Möglichkeit zu, diese zu erreichen (eine Perspektive, die der Yankee-Imperialismus immer mit brutaler Gewalt zerschlagen hat). Etwas anders ist das mit Cuba, das erst von Spanien unabhängig wurde, um von den USA abhängig zu werden, bis die Cubanische Revolution dem Land zum ersten Mal in seiner Geschichte die Unabhängigkeit brachte, sich von Blockade und Aggression und vom Hunger zu befreien.

Die vor kurzem erreichte "Unabhängigkeit" der baltischen Staaten ist verlogen wie nur was. Litauen könnte jetzt eine Botschaft in Madrid eröffnen, aber das heißt nicht, daß das litauische Volk unabhängig ist. Die geifernden Unabhängigkeitsbefürworter der baltischen Länder, die vom Weltfaschismus (vom Vatikan, vom Pentagon, von der NATO) jetzt so umworben werden, zeigen im Gegenteil, daß nicht ihre Unabhängigkeit angestrebt wird, sondern ihre Abhängigkeit vom kapitalistischen Imperialismus. Wir Basken sollten uns von dieser "Unabhängigkeit" nicht so täuschen lassen. Es kann schon sein, daß der eine oder andere baskische Abertzale auf persönlicher und privater Ebene Solidarität aus dem Baltikum mit dem baskischen nationalen Befreiungskampf erhalten hat. Das ignoriere

(WA)S DIE BRD-PRESSE VERSCHWEIGT

Hunderte menschlicher Tragödien

In den letzten 24 Stunden wurden 115 Immigranten aus dem Maghreb verhaftet, als sie versuchten, an den Küsten Almerías, Granadas und von Cádiz illegal in den spanischen Staat einzureisen. Dies geschah bei der größten Polizeiaktion dieser Art, die es je gab.

Die meisten Verhaftungen fanden auf den Stränden bei La Herradura statt, einem Unterbezirk der granadischen Region Almuñecar an der Grenze zur Provinz Málaga, wo 65 marokkanische ImmigrantInnen verhaftet wurden, während zwei weitere fliehen konnten.

Die MarokkanerInnen werden zur Zeit in Gebäuden der Guardia Civil in Almuñecar und La Herradura festgehalten, außerdem in der Kaserne der Regionalpolizei des erwähnten granadischen Ortes.

Die MarokkanerInnen waren in der gestrigen Nacht mit mehreren Booten an Stränden zwischen La Herradura und der Grenze zur Provinz Málaga gelandet. In der Provinz Granada war es die erste Massenverhaftung von nordafrikanischen EinwanderInnen.

In Almería wurden 35 MarokkanerInnen aus Nador verhaftet, von wo sie vor zwei Tagen aufgebrochen waren.

Diese Verhafteten wurden in die almerische Hauptstadt gebracht, wo sie nach einem Sprecher der Guardia Civil in Polizeigebäude gebracht wurden.

In Cádiz wurden weitere 15 illegale EinwanderInnen verhaftet, nachdem sie auf ihrem Boot von einer Zollpatrouille überrascht worden waren.

Diese MarokkanerInnen, von denen lediglich drei Papiere bei sich hatten, wurden der Policía Nacional übergeben, später in Algeciras inhaftiert, wo ihre Abschiebung vorbereitet wird. (egin v. 10.9.)

Gestern verhaftete die Guardia Civil weitere 28 ImmigrantInnen aus Marokko bei ihrem Versuch, illegal in den spanischen Staat einzureisen. Damit wurden in den letzten drei Tagen bereits 195 NordafrikanerInnen verhaftet.

Die größte Polizeiaktion fand bei Roquetas de Mar statt, wo 15 illegale EinwanderInnen festgenommen wurden, als sie ihr Boot verließen.

Nach Guardia Civil-Quellen wurden die ImmigrantInnen in der Gegend von Punta Entina entdeckt. Es gäbe Hinweise darauf, daß weitere 40 NordafrikanerInnen hätten entkommen können. (egin v.12.9.)

Anti-Castro-Demonstration in La Habana gescheitert

Weil in der Mehrzahl kubanische BürgerInnen, die auf Seiten des dortigen Regimes stehen, sowie Polizisten dem Aufruf einer anti-Castro-Organisation gefolgt sind, ist gestern eine Demonstration vor dem Hauptgebäude der Staatssicherheit in La Habana gescheitert.

Eine Person wurde von der Polizei in Sicherheit gebracht, nachdem sie von mehreren Menschen angegriffen worden war, die wahrscheinlich den kürzlich aufgebauten Schnellen Aktionsbrigaden angehören, einer vom Staat organisierten Gruppe von Zivilisten zur Verteidigung des sozialistischen Systems.

Die erwähnte Person war durch ein uniformiertes Mitglied der Nationalen Revolutionären Polizei aus einem Tumult herausgezogen worden und wurde mit einem Polizeiauto weggebracht. Außerdem wurde eine weitere Person von Zivilisten verfolgt, die ihr "Gusano" nachriefen, wie im offiziellen Jargon Kubaner genannt werden, die gegen das von Fidel Castro geführte Regime sind.

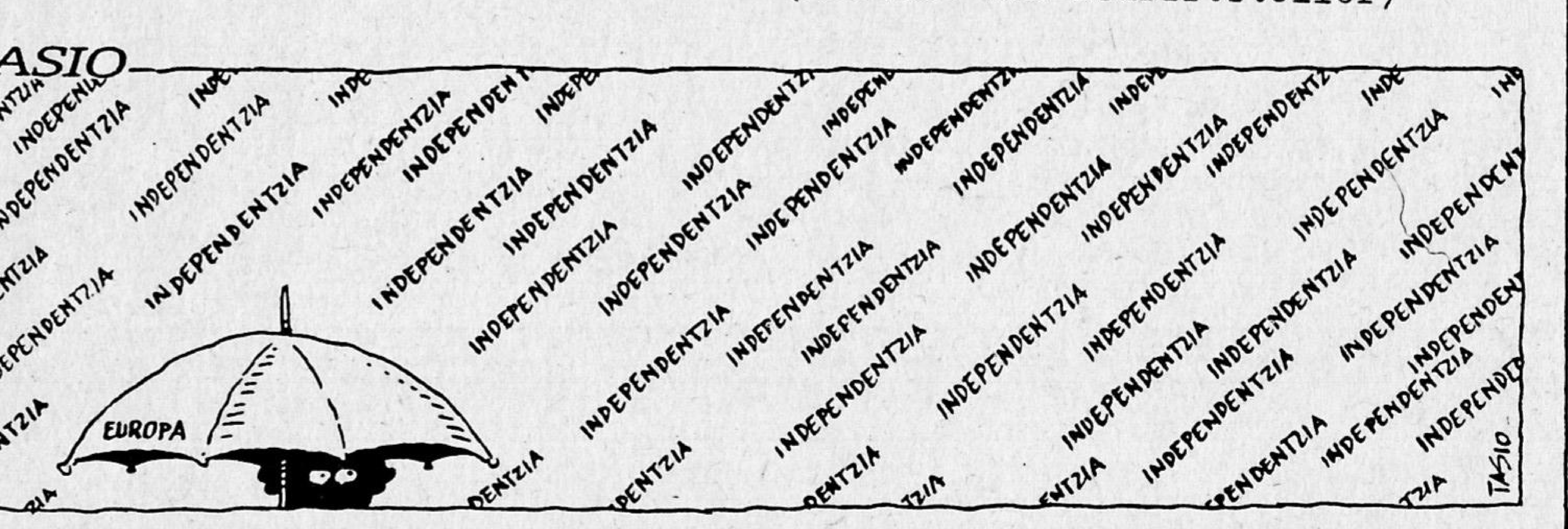
ich. Weil ich genau weiß - manchmal wollen Menschen sich täuschen lassen, dies ist glaube ich solch eine Situation - daß der baskische Kampf für Freiheit und Souveränität von den sog. "unabhängigen" baltischen Staaten nicht die geringste Solidarität erwarten kann, nicht einmal auf der rhetorisch-diplomatischen Ebene, weil der Herr, von dem die trium-fierenden baltischen Faschisten jetzt freiwillig abhängig sind, der kapitalistische Imperialismus, nichts von wirklicher Unabhängigkeit hören will, wie diejenige eine ist, für die unsere Gudaris kämpfen. Weil der baltische wie der weltweite Faschismus wissen, daß die einzige Unabhängigkeit, die diesen Namen verdient, die ist, die die Arbeiterklasse einer Nation von ihren Unterdrückern und nationalen und supranationalen Ausbeutern befreit.

Die Formen spiegeln weder die reale Unabhängigkeit wieder noch garantieren sie sie. Ich möchte daran erinnern, daß in den frühen Vierziger Jahren die Nazis sich ständig als "Befreier" unterdrückter Völker darstellten. Und, wenn wir es streng formal betrachten, waren sie es in der Tat. Kroatien z.B. erreichte seine "Unabhängigkeit" dank Hitler, und auch das kurdische und einige arabische Völker erhielten Nazi-Unterstützung (klar, sie sollten vom französisch-britischen Kolonialreich unabhängig und von der "Neuen Weltordnung" abhängig werden, die den deutschen Kapitalismus durchsetzen sollte, die deutsche Ausbeutung der den Franzosen und Briten abgerungenen Rohstoffe und billigen Arbeitskraft; In manchen Regionen waren die Nazis sehr "modern" in ihrem Bestreben und ihrer Fähigkeit, den US-Imperialismus zu kopieren, der keine Kolonien im Stile des 19. Jahrhunderts braucht, sondern "freie und unabhängige" Staaten, die in jeder Hinsicht seinem Interesse unterworfen sind und von ihm abhängen, obwohl sie eigene Fahne, Hymne, Botschaften haben). Nazideutschland wollte auch der Ukraine "helfen, unabhängig zu werden", aber dann erhielt nur eine Handvoll ukrainischer Antikommunisten als Rache für die Kollektivierung des Grundbesitzes durch die Kommunisten die Nazi-"Hilfe" zusammen mit der Pflicht zur fanatischen Kollaboration.

Nein, kein baskischer Abertzaler soll in den Fehler verfallen, diese leuchtende "Unabhängigkeit" der baskischen Staaten sei real, dies an erster Stelle; Und zweitens soll niemand der Illusion erliegen, die baltischen Antikommunisten würden ab sofort die Unabhängigkeitsbestrebungen Euskadis unterstützen. Allenfalls könnten sie eines Tages eine solch falsche Unabhängigkeit wie die ihre unterstützen, das heißt, unter der Voraussetzung, die baskische und Weltoligarchie blieben intakt und an der Macht. Für solch eine Reise werden zur Zeit die Taschen gepackt: Mit dem Autonomiestatut, einer Perestroika und ganz "demokratisch" wird jetzt gegen das baskische Volk vorgegangen, und Basta!, das gefällt den baskischen Finanz- und Industrieoligarchen so gut, daß sie sich fett und zufrieden vor dem König der Spanier verbeugen, der auch ihrer ist. Das heißt natürlich nicht, daß sie etwas gegen eine etwaige formale "Unabhängigkeit" Euskadis hätten (wie im Baltikum oder besser wie in Panamá), aber sie wissen genau, daß für ihre persönlichen und Klasseninteressen (das ist ihr Vaterland), der formale Rahmen der Unabhängigkeit unnötig ist - und auch risikoreich.

Kommen wir zum Schluß: Die Unabhängigkeit hat die Prämisse und Folge der revolutionären Emanzipation des Volkes, der Arbeiterklasse in Bezug auf und gegen ihre Unterdrücker und nationalen und internationalen Ausbeuter. Für Euskadi und alle Völker ist Cuba die große Lektion.

Pablo Sorozabal
(Musiker und Schriftsteller)



...er Aufruf zur Demonstration wur... in den letzten Tagen über den ...nder "Stimme der Stiftung" ver...eitet, der der sogenannten "Kuba...sch-Amerikanischen Stiftung" ge...rt und aus den Vereinigten Staa...n sendet.

...ach dem Aufruf hatte die Demon...ration zum Ziel, die Freiheit für ...e politischen Gefangenen in Kuba ... fordern, aber die einzigen Paro...n, die in der Umgebung der "Villa ...rista" zu hören waren, waren Paro...n zur Unterstützung des Kommunis...s und der Einheitspartei Kubas.

Elizardo Sánchez Santa Cruz, einer der bekanntesten politischen Dissidenten Cubas, sagte, weder seine Gruppe, die Menschenrechtskommission Cubas, noch die diese Woche gegründete Demokratische konzertierte Aktion Cubas, in der sich acht Dissidentengruppen vereinigt haben, wären dem Aufruf gefolgt.

"Wir unterstützen voll und ganz das Recht, friedlich zu demonstrieren, aber zur Zeit existieren nach unserer Meinung in Cuba nicht die Voraussetzungen für Aktionen auf der Straße, weil diese gnadenlose repressive Reaktionen der Regierung auslösen könnten", sagte Sánchez. (egin v. 7.9.)

Wiedereinführung der Todesstrafe In Argentinien?

Die argentinische Regierung wird nach den Worten des Staatssekretär... für Drogenprevention und den Kampf gegen Drogenhandel "eine Volksabstimmung zur Unterstützung der Ein...führung der Todesstrafe einleiten".

In einem Kommuniquée teilt Albert... Lestelle mit, daß "die Todesstrafe für diejenigen Drogenhändler, die den Tod Unschuldiger verursachen, eingeführt werden wird, weil dies, obwohl es traurig ist, eine vom Volk anerkannte Notwendigkeit ist."

Menem hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Einführung der Todesstrafe vorgelegt. (egin v.10.9.)



Die UreinwohnerInnen Ecuadors wollen die Wahlen boykottieren

Die UreinwohnerInnen Ecuadors werden gemäß einer Resolution der Konföderation Indianischer Natio...litäten CONAIE, die gestern verab...schiedet wurde, die all-gemeinen Wahlen 1992 boykottieren.

Diese Maßnahme werde ergriffen, "weil die traditionellen Wahlen als politisches Manöver zugunsten der politischen Parteien abgelehn... werden".

Die CONAIE vereinigt die wichtigsten indianischen Ethnien des Landes. Nach Statistiken dieser Organisation stellen die UreinwohnerInnen ein Drittel der Bevölkerung Ecuadors von insgesamt 10 Millionen EinwohnerInnen. Jede Comunity soll autonom entscheiden, in welcher Weise sie den Boykott ausführt. Die Versammlung beschloß außerdem, eine Initiative zur Verurteilung der "Conquistadorenländer wegen des begangenen Völke...mords" zu ergreifen und beschuldi...te die Vereinigten Staaten des "Rohstoffraubs" und die Katholisc... Kirche der "Komplizenschaft mit d... Conquista".

Außerdem gab sie ihren Beschluß bekannt, auf einer Änderung des ersten Artikels der Verfassung zu bestehen, in dem es heißt: "Der Staat ist eine Einheit und souver... Dies soll ersetzt werden durch: "D... Staat ist plurinational, mehrsprachig und multiethnisch". Außerdem wurde über die juristische Basis der baldigen Einrichtung eines indianischen Parlaments diskutiert und die Forderung nach einem natio...nalen Gesundheitsprogramm für die indigene Bevölkerung erhoben.

(egin v. 10.9.)

aniversario de Hess

Bayreuth

Más de cien personas fueron detenidas ayer por la policía en las ciudades alemanas de Bayreuth y Wunsiedel antes de una anunciada marcha neonazi y otra manifestación contraria organizada por antifascistas.

Sin embargo, tanto el acto ultraderechista, convocado con ocasión de cumplirse el cuarto aniversario de la muerte de Rudolf Hess, y la manifestación de protesta en contra de ese acto transcurrieron, por lo menos durante la tarde, sin incidentes graves.

La policía vigilaba desde la mañana las carreteras de acceso a Bayreuth y de la cercana localidad de Wunsiedel donde se encuentra la tumba del antiguo lugarteniente de Hitler y en dichos controles detuvo a más de cien personas, la mayoría de ellos por portar armas u objetos contundentes. Aproximadamente un 60 por ciento de los detenidos pertenecen a grupos neonazis y, el resto, a organizaciones antifascistas e izquierdistas.

Estas últimas organizaron al mediodía de ayer ante el tribunal administrativo de Bayreuth una manifestación espontánea con más de 2.000 participantes que protestaron por la autorización de los actos neonazis ante la tumba de Hess.

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist und ehemaliger Black Panther, sitzt immer noch in der Todeszelle

Er braucht jetzt sofort breiteste Unterstützung zur Durchsetzung seines Wiederaufnahmeverfahrens!

Dringender Aufruf / 12. Oktober 1991

An diesem 12. Oktober ist es 499 Jahre her, daß Columbus Amerika für Europa "entdeckt" hat. Diese Eroberung brachte den indigenen Völkern Amerikas Krieg, Ausplünderung und Völkermord und eine bis heute andauernde Leidensgeschichte unter wechselnden Kolonialregimen und Militärdiktaturen.

Für Abermillionen Afrikanerinnen und Afrikaner bedeuteten diese unheilvollen Jahrhunderte Verschleppung aus den entwickelten Kulturen ihrer Heimat auf die Plantagen Süd- und Nordamerikas. Bis heute leben die Nachfahren der afrikanischen Sklaven in den USA bis auf wenige Ausnahmen wie ein kolonisiertes Volk in den Ghettos der Großstädte oder in den verarmten Landstrichen der Südstaaten. Die wachsende ökonomische Ungleichheit und Verelendung wird begleitet vom Rassismus als *dem* bestimmenden Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß. Die Erfolge der *Black Power*- und Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre werden aufgerieben in einem gesellschaftlichen Ausnahmezustand totaler Entrechtung für die große Mehrheit derer, die nicht mit den Privilegien weißer Hautfarbe ausgestattet sind.

Das weiße Amerika sitzt zu Gericht über seine *neuen Sklaven und* verdammt sie wegen Verletzung der herrschenden sozialen Ordnung zu jahrelanger Zwangsarbeit in Gefängnisfabriken und auf den Feldern des Agrobusiness. Es verurteilt die, die aufbegehren, zu jahrzehntelangen Strafen unter einem politischen Sonderhaftstatut und schickt sich nun an, mit der beabsichtigten ersten Hinrichtung eines politischen Gefangenen seit den 50er Jahren einen Präzedenzfall zu schaffen und die Möglichkeit zu eröffnen, im Angesicht drohender Unruhen politische Gegner künftig durch den Henker effektiv auszuschalten.

10 JAHRE IN DER TODESZELLE

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist, der sich seit frühester Jugend gegen den Rassismus und für soziale Gerechtigkeit in den USA eingesetzt hat, befindet sich am 9. Dezember 1991 seit 10 Jahren in der Todeszelle des Huntingdon Gefängnisses in Pennsylvania. 1982 war er nach einem Indizienprozeß, in dem es keine Beweise, sondern nur rassistische Vorverurteilungen des Staatsanwalts gab, für den Tod eines Polizeibeamten verantwortlich gemacht worden, obwohl es selbst in diesem unfairen Prozeß Anhaltspunkte gab, mit denen man die Mordversion der Staatsanwaltschaft hätte ins Wanken bringen können. Diese Beweise wurden aber unterdrückt und stattdessen Jamals 12 Jahre zurückliegende Mitgliedschaft in der Black Panther Party und seine engagierte journalistische Arbeit für Radiostationen und Zeitungen als "Beweise" dafür angeführt, daß er immer schon ein "potentieller Polizistenmörder" gewesen sei. Vor einer fast ausschließlich weißen Jury hatte der Staatsanwalt leichtes Spiel. Jamal wurde am dritten Prozeßtag schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt.

In seiner Heimatstadt Philadelphia war Jamal seit Jahren als ein scharfer Kritiker der berüchtigten Brutalität der Polizei gegenüber Einwohnern afrikanischer bzw. hispanischer Abstammung bekannt. Insbesondere seine Berichterstattung über Verfolgung, Mißhandlung und Ermordung von Mitgliedern der schwarzen MOVE Kommune schaffte ihm viele Gegner in der für ihren ausgeprägten und offenen Rassismus bekannten politischen Elite dieser Stadt und ihrer Polizei.

Diejenigen, für die Jamal sich einsetzte, honorierten seine radikale Position und machten ihn USA-weit als "Stimme der Unterdrückten" bekannt. Noch kurz vor seiner Verhaftung wählten ihn 1981 seine Kolleginnen und Kollegen zum Vorsitzenden der *Association of Black Journalists* von Philadelphia.

EIN UNBEUGSAMER KRITIKER

Jamal hat die von ihm so oft attackierte Brutalität von Polizei- und Gefängnisbeamten am eigenen Leib erfahren. Bei seiner Verhaftung war er von der Polizei durch einen Schuß schwerverletzt und danach mehrfach geschlagen und mißhandelt worden. Man ließ ihn eine Dreiviertelstunde in der Gosse liegen, bevor er in ein Krankenhaus geschafft wurde. Aber auch dort wurde er in Tötungsabsicht noch schwer mißhandelt. Man hegte die Hoffnung, sich eines unbeugsamen Kritikers auf diese Weise endgültig entledigen zu können.

Wie allen Insassen der Todestrakte in Pennsylvania werden ihm Kontaktbesuche verweigert. Auch seine Frau und Kinder sieht er immer nur durch die Trennscheibe. Weil er an seinen politischen Überzeugungen festhält und sich weigert, seine Dreadlock-Haare schneiden zu lassen, unterliegt er seit Jahren permanenter disziplinarischer Bestrafung. Das heißt, er befindet sich in Isolationshaft, erhält keine Bücher und Zeitungen, darf nicht mit seiner Familie telefonieren und kein Radio oder Fernsehen empfangen.

In den letzten Jahren haben sich die Obersten Gerichtshöfe Pennsylvanias und der USA mehrfach geweigert, Berufungsanträge anzunehmen, obwohl darin jeweils ausführlich dargestellt war, daß Jamals Verfahrens-, Verfassungs- und Menschenrechte seit der Verhaftung und durch den Prozeß mehrfach gravierend verletzt wurden und er zu Unrecht zum Tode verurteilt worden ist.

Der Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, an den sich von überall auf der Welt schon zehntausende mit Petitionen und Protestschreiben gerichtet haben, hat bisher den Hinrichtungsbefehl nicht unterschrieben. Nicht zuletzt die große Unterstützung, die Jamal zuteil geworden ist, hat den Gouverneur veranlaßt, seine Entscheidung zurückzustellen, bis die juristischen Instanzen in diesem Verfahren endgültig ausgeschöpft sind. Auch die für Juni und Juli 1991 angeordneten Hinrichtungen zweier anderer Gefangener in Pennsylvania sind aufgeschoben worden.

An der Gefahr einer möglichen Hinrichtung hat sich trotz allem nichts geändert, nur die Methode: Im November 1990 hat die Regierung von Pennsylvania beschlossen, die Todesstrafe nicht mehr auf dem elektrischen Stuhl, sondern per tödlicher Injektion zu vollstrecken.

WIEDERAUFNAHMEVERFAHREN GEGEN DIE LEGALE LYNCHJUSTIZ

Als nächsten Schritt bereitet Jamal mit seinen RechtsanwältInnen einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens vor. Darin soll nachgewiesen werden, daß es im ersten Prozeß nicht den leisesten Versuch gegeben hat, entlastenden Beweisen nachzugehen. Das soll nun für diesen Antrag nachgeholt werden, wofür monatelange Nachforschungen und Zeugenvernehmungen notwendig sind. Am Ende sollen all jene Fakten in einem beweisführenden Schriftsatz zusammengefügt sein, die einen neuen

Prozeß zwingend erforderlich machen. Das Team seiner VerteidigerInnen ist schon nach jetziger Aktenlage fest davon überzeugt, daß dieser Antrag Erfolg haben wird - ähnlich wie in den Fällen von Johnny Imani Harris und Patrick "Hooty" Croy, die beide in vergleichbaren Fällen nach 14 bzw. 12 Jahren in der Todeszelle im vergangenen Jahr in erneuten Prozeßen freigesprochen wurden und ihre Freiheit zurückerlangten.

Damit die Untersuchungsarbeiten für diesen Antrag durchgeführt werden können, soll mit Beginn des neuen Jahres der ganze Stab eines Anwaltsbüros ausschließlich für diese Tätigkeit freigestellt werden. Das wird mindestens für die Dauer eines halben Jahres, möglichwerweise aber für länger sein. Das bedeutet, daß dieser Antrag nur dann zustande kommt, wenn es die im letzten Jahr beträchlich angewachsene Solidaritätsbewegung für Jamal fertig bringt, bis Anfang 1992 einen Betrag von 150.000 Dollar aufzubringen.

Ein jahre- bis jahrzehntelanges Verfahren, an dessen Ende ein Todesurteil zu Fall gebracht werden soll, kostet nach bisherigen Erfahrungen in den USA durchschnittlich 1 Million Dollar an Gebühren und Honoraren. Das macht nachvollziehbar, daß so wenige Todesurteile erfolgreich juristisch aufgehoben werden, sich stattdessen die Zahl der rechtskräftigen Verurteilungen und Hinrichtungen mehrt. Wer arm ist und keine massenhafte finanzkräftige Unterstützung hat, geht in diesem Justizsystem unter. Angesichts der richtungsweisenden Funktion des Verfahrens gegen Jamal wäre es fatal, wenn man diese Rechnung aufgehen lassen würde.

WER DAS GELD HAT, HAT DIE MACHT UND WER DIE MACHT HAT, HAT DAS RECHT...?

Zusammen mit der Solidaritätsbewegung in den USA haben wir aber die Hoffung, daß es möglich sein wird, das Geld aufzubringen. Wir eröffnen ein neues Sonderkonto und starten es mit einem Betrag von 3.225 DM. Das Sonderkonto dient ausschließlich dem Zweck, Spenden für die Verteidigungskosten zu sammeln. Die eingegangenen Spenden werden garantiert und nachprüfbar ohne Abzüge überwiesen an den *MUMIA ABU-JAMAL DEFENSE FUND, P.O.Box 19709, Philadelphia, PA 19143, USA.*

Dieser Aufruf hat zum Ziel, dem *Defense Fund* bis zum 31.12.91 eine größtmögliche Summe zu übergeben, um sicherzustellen, daß das Verteidigungsteam ab Januar '92 seine Arbeit am Wiederaufnahmeantrag uneingeschränkt beginnen kann. Alle, die Mumia Abu-Jamal seit Herbst 1989 in dieser Kampagne unterstützt haben, sind dazu aufgerufen, sich intensiv an dieser Spendensammlung zu beteiligen.

Wir fordern Euch konkret dazu auf:

- Gründet in Euren Städten oder Regionen *Solidaritätskomitees Freiheit für Mumia Abu-Jamal!* Schließt darin VertreterInnen verschiedener Gruppen, Organisationen, Verbände etc. zusammen, organisiert auf der Basis der Minimalplattform:
"FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL / ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE / SOLIDARITÄT MIT ALLEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN DEN USA: FREEDOM NOW!"
gemeinsam die Arbeit, deren nächstes konkretes Ziel die finanzielle Absicherung des Wiederaufnahmeverfahrens ist. Organisiert Konzerte, Theateraufführungen, Veranstaltungen mit dem Jamal-Video oder anderen Filmen etc., deren Erlös auf das Spendenkonto fließt. Übernehmt Patenschaften für feste Beträge von 500 DM, 1.000 DM oder mehr, deren Zahlung ihr vor Ende Dezember '91 garantiert, auch wenn Ihr den ganzen Betrag noch nicht beisammen habt.
Entscheidend für das Wiederaufnahmeverfahren ist, daß wir bis Ende des Jahres den Grundstock zur Finanzierung der Untersuchungsarbeit nachweisen können, damit die konkrete Arbeit beginnen kann!
- Laßt uns in naher Zukunft ein erstes überregionales Treffen dieser Komitees ins Auge fassen, auf dem die Arbeit koordiniert und die Öffentlichkeitsarbeit und die internationalen Kontakte intensiviert werden.
- JuristInnen und Juristen, gründet ein *Verteidigungskomitee*, das es sich zur Aufgabe macht, den Fortgang des Verfahrens zu beobachten, justizkritische Öffentlichkeit durch demonstrative Knastbesuche bei Jamal herzustellen und die nordamerikanischen KollegInnen des Verteidigungsteams dadurch zu unterstützen, daß der Fall auf nationaler und internationaler Ebene in juristisch und humanitär relevanten Kreisen diskutiert und zum Gegenstand geeigneter Vorstöße gemacht wird.
- JournalistInnen und SchriftstellerInnen, tretet in Euren Gewerkschaften, Verbänden, Gremien, auf Konferenzen und Tagungen und mit den Mitteln Eurer alltäglichen Arbeit dafür ein, den Fall Eures Kollegen Jamal und seine journalistische Arbeit aus der Todeszelle heraus (in Form seiner Kolumnen) in allen relevanten gesellschaftlichen Kreisen publik zu machen und auf der Basis des humanitären Eintretens für *free speech* und die Abschaffung der Todesstrafe für breitestmögliche Unterstützung zu sorgen. Die Petition der Bundesdelegiertenkonferenz der *deutschen journalisten union (dju)* im November '89 und die Erklärung des *PEN American Center* vom Juli '91 mögen als gute Beispiele dafür gelten.

Wir fordern alle dazu auf, besonders in den Bewegungen gegen Rassismus und Neo/Faschismus und in der Kampagne gegen die 500 Jahrfeieren der "Entdeckung" Amerikas 1492/1992, Jamals Fall als zugespitztes Beipiel für den institutionellen Rassismus in den Metropolengesellschaften zu begreifen und sich zu eigen zu machen, was Assata Shakur im Dezember 1990 vor dem *Internationalen Tribunal über politische Gefangene in den USA* erklärt hat:

"Wir können (Jamals Hinrichtung) auch deshalb nicht zulassen, weil es ein Präzedenzfall wäre, der Tür und Tor öffnet. Wenn wir nicht mit Zähnen und Klauen dafür kämpfen, den Staat daran zu hindern ihn hinzurichten, dann erlauben wir, daß eine Situation entsteht, in der die Regierung jede und jeden von uns irgendeines Verbrechens beschuldigen kann. In der sie uns zum Tode verurteilen kann, ohne daß eine Massenbewegung entsteht und ohne daß sie überhaupt in Erwägung ziehen zu müssen, daß sie einen verdammt hohen Preis dafür zu bezahlen haben, wenn sie versuchen unsere Revolutionäre zu töten.

Ich denke, daß das wirklich sehr wichtig ist: Wenn wir es zulassen, daß sie ihn töten, dann sind es wir, die den Weg dahin öffnen, daß viele unserer jungen Menschen zum Tode verurteilt werden können."

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL !
ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE !
SPENDET GEGEN DIE LEGALE LYNCHJUSTIZ !

Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal"
Bank für Gemeinwirtschaft Bremen
Konto-Nr. 100 587 7601
(BLZ 290 101 11)

Achtung! Die Kontonummer hat sich geändert. Ab jetzt nicht mehr das bisher veröffentlichte Konto verwenden!

Impressum:
Redaktion und Vertrieb:
Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press)
Eichenberger Str. 53
D-2800 Bremen 1
Tel. 0421-354029

NEUES INFO OKTOBER '91
BEITRÄGE v. POLITISCHEN GEFANGENEN IN DEN USA

Bundesweite Konferenz der Anti-AKW-AktivistInnen
vom 22.11. - 24.11.1991 in Marburg:

<u>Freitag</u>

19.00 Uhr Auftaktplenum

Vorstellung der anwesenden Gruppen, ihrer aktuellen Arbeit, ihrer Entwicklung und ihres politischen Selbstverständnisses. Im Reader wird es einen "Fragenkatalog" geben, an dem sich die Gruppen für ihre Selbstdarstellung orientieren können. Ziel ist es, über diesen Punkt zu einer Bewertung der Arbeit der letzten Jahre zu kommen und darüber eine Einschätzung der aktuellen Situation unserer Bewegung zu erlangen.

<u>Samstag</u>

09.00 Uhr Plenum

Da die Erfahrung zeigt, daß viele erst am Samstag angereist kommen, halten wir es für sinnvoll mit einer Zusammenfassung des Plenums vom Freitag und einer Vorstellung der neuhinzugekommenen Gruppen zu beginnen .

Anschließend wird Raum sein, zum Thema "Krise der Anti-AKW-Bewegung- Ursachen- Perspektiven" Statements zu halten und zur Diskussion zu stellen!

12.00 - 14.00 Uhr Mittagspause

14.00 - 18.00 Uhr Kleingruppen

Um möglichst viele zu Wort kommen zu lassen und Ansatzpunkte, die sich in den Plena ergeben intensiver diskutieren zu können, soll die Analyse in Kleingruppen fortgesetzt werden. Einen Einstieg dazu könnten auch folgende Fragestellungen bieten:
- Einpunktbewegung als Politikansatz. Nach wie vor sinnvoll oder gescheitert?
- Politische Standortbestimmung als Voraussetzung für funktionierende Strukturen
- Wie gehen wir mit Differenzen zwischen Standort- und Nichtstandort-BI um?
- Unser Verhältnis zu den Medien. Wie betreiben wir Öffentlichkeitsarbeit und welchen Stellenwert hat sie?
- Unser Verhältnis zu etablierten Parteien und politischen Organisationen.
- Welchen Stellenwert haben juristische Auseinandersetzungen?
- Die Krise der Anti-AKW-Bewegung als Ausdruck einer allgemeinen Krise linker Politik

18.00 Uhr Plenum

kurze Berichte aus den Kleingruppen
anschließend Abendessen

abends: Fete, Spaß, Musik, Tanz,Tralala

<u>Sonntag</u>

09.00 - 14.oo Uhr Plenum

Auswertung der Konferenz, Konsequenzen für die Zukunft, Machen wir weiter?

<u>Reader</u>:
Für die Konferenz wird ein Reader erstellt werden, der etwa zwei Wochen vorher vorliegen soll. Alle Gruppen und Einzelpersonen, die einen Beitrag leisten wollen, sollten ihren Artikel bis spätestens **<u>31. Oktober</u> an die BIgAM c/o KFZ, Schulstraße 6, 3550 Marburg** schicken.
Der Reader wird dann innerhalb der aaa verschickt oder ihr könnt ihn direkt bei der BIgAM anfordern.

Am Wochenende soll natürlich nebenher genügend Zeit und Raum sein, zum informellen Austausch untereinander und zur genaueren Vorstellung der aktuellen Arbeit. Die Darstellung der derzeitigen Arbeit könnte vor allem auch über Infotische und Wandzeitungen etc. erfolgen.

Termine

Do. 17. 10.
X-B-Liebig, Liebigstr. 34 20.00 Uhr
Frauen/Lesben-Kneipe
Treffen für Frauen, die Lust haben, die Frauen/Lesben-Abende zu organisieren
Adalbertstr. 32 20.00 Uhr
Vokü & Kneipe

Fr. 18.10.
Jessner Str. 41 U-Frf.-Allee 21.00 Uhr
Solikonzert

Sa. 19.10.
SO 36 19.00 Uhr
Information u. Diskussion zu Rassismus u. Neofaschismus
SO 36 22.00 Uhr
Disko

So. 20.10.
Falckeladen, Falckensteinstr. 46 1/36 16.00 Uhr
Treffen von Lesben u. anderen Frauen zu den rassistischen Angriffen und Überfällen
EX Mehringhof 20.00 Uhr
Film: Iwans Kindheit von Tarkowskij

Di. 22.10.
Schokofabrik, Mariannenstr.6 20.30 Uhr
Slowenische Frauen am Rande des Bürgerkrieges
Vortrag und Diskussion
Infoloaden Daneben, Rigaer Str. 84 21.00 Uhr
Video: Insel der Freiheit im Roten Meer (Reagen in Berlin)

Mi. 23.10.
Infocafe Lichtschranke Nostitzstr.49 19.00 Uhr
Kurdistan-Veranstaltung mit Reisebericht

Do. 24.10.
Adalbert 32 20.00 Uhr
Vokü & Kneipe
A-Laden Moabit Rathenower 22 20.00 Uhr
Sanfte Chemie, Vortrag Film
Infoladen Daneben, Rigaer 84 20.00 Uhr
Film: Wie andere Neger auich

Fr. 25.10.
X-B-Liebig Frauen Lesben Kneipe 20.00 Uhr
Clash, Ufer Str. 13 20.00 Uhr
Antifa-Kiezpalaver Wedding

In der letzten Zeit wurden Donnerstags Flüchtlinge vor dem WaterlooUfer u. a. in die neuen Bundeslä nder zwangsverteilt. Es wird seit ca. 5 Wochen und in der nächsten Zeit Widerstand dagegen geleistet. Es ist momentan nicht klar, wie die Herrschenden weiter auf die Aktionen reagieren werden. Aktuelle Informationen stehen an der Infotafel im EX.
Informiert Euch und kommt massenhaft!!!

"WILL BE TELEVISED"

(Taiwan 1991, 60 Min., O. m. engl. U.)

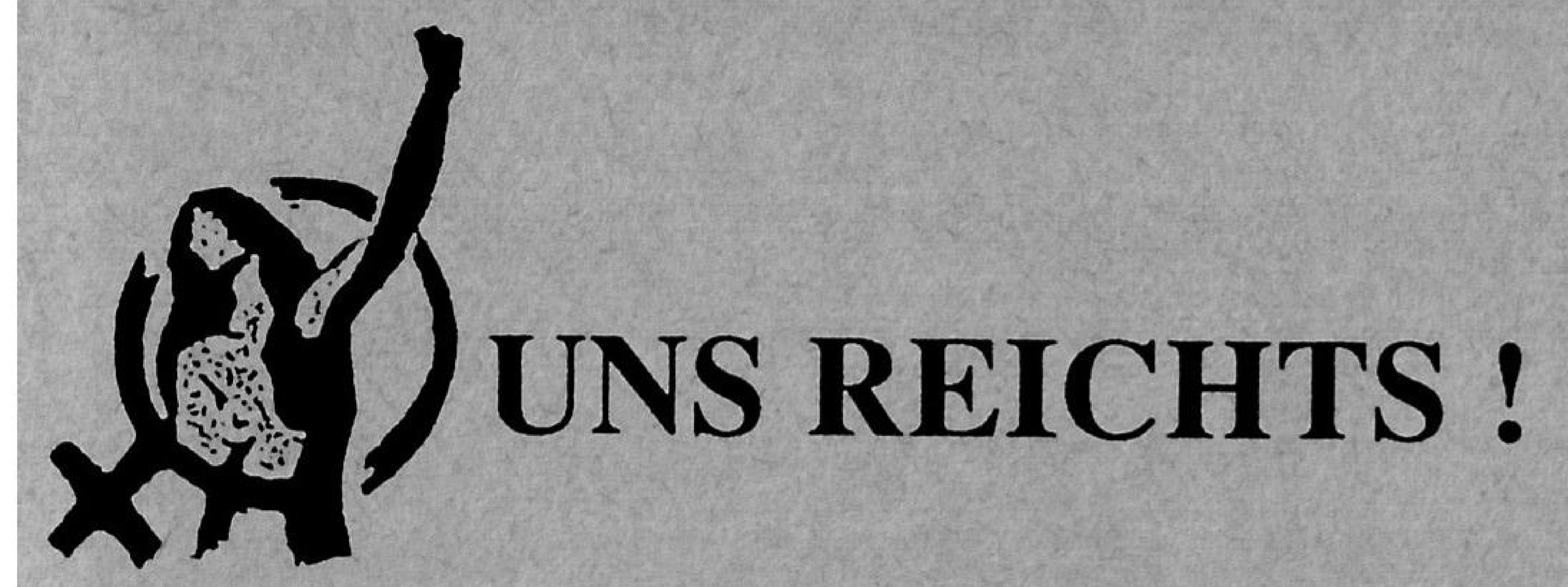
Nach Abschaffung des Kriegsrechts 1987 in Taiwan konnte sich zum ersten Mal die linke Opposition öffentlich und lautstark artikulieren. Gruppen von BäuerInnen protestierten gegen Abkommen mit den USA über Getreideimporte, durch die sie nicht mehr wettbewerbsfähig bleiben. Menschen aus Umweltschutzgruppen gegen die atemberaubende Verschmutzung ihrer Umgebung. StudentInnen gegen das staatliche Fernsehen wegen der regierungstreuen Verzerrung der Wahrheit.
Dieser Video zeigt Aktionen und Demonstrationen, die oft nach dem gleichen Schema ablaufen: anfangs die vielen Menschen auf der Straße, die später dann von der paramilitärischen Polizei zusammengeschlagen werden. Er zeigt aber auch z. B. zahlreiche chinesische Sprühereien, den Angriff auf das staatliche Fernsehen mit Fernsehern und den ersten Molli, der auf Taiwan während einer Demonstration durch die Luft flog und traf.

Am Freitag, 25. Oktober 1991, 19.00 Uhr

Babylonia Cuvrystr. 20 - 23 (im Kerngehäuse, 2. Hinterhof)

An alle Frauen, Lesben und Mädchen:





UNS REICHTS !

Die aktuelle patriarchale Gesellschaft weltweit ist ohne sexistische und rassistische Gewalt und ohne ökonomische Ausbeutung nicht denkbar.

Die sexistische Gewalt, die Frauen, Lesben und Mädchen in unserer Gesellschaft erfahren, ist vielfältig. Sie findet überall und zu jeder Zeit statt: In den Familien, im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, in den Medien und auf den Straßen!

Auf unterschiedlichem kulturellen Hintergrund werden andere Gewaltformen gebraucht:

- strukturelle Gewalt, wenn Frauen die Möglichkeit zur eigenständigen sozialen und ökonomischen Existenz genommen oder eingeschränkt wird.
- die sexistische Gewalt in Familie, Kindergarten, Schule... soll Frauen und Mädchen Schönsein, Schlanksein, Liebsein, für Männer Dasein antrainieren.
- sexistische Gewalt, die Frauen ihrem Körper entfremden und sie als Lustobjekt nutzbar machen soll.
- Untrennbar davon ist die sexuelle Gewalt, der direkte Angriff auf Körper und Seele einer jeden Frau, eines jeden Mädchens.
- Der Zwang zur Heterosexualität beinhaltet die Gewalt und Diskriminierung gegenüber lesbischen Frauen.
- Frauen, die sich selbst und andere Frauen in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen, sind eine Gefahr für patriarchale Machtverhältnisse, die entsprechend bekämpft wird.

Wir nehmen diese Angriffe nicht mehr hin!
Wir wehren uns und schlagen zu!

Selbst belebte Plätze bieten keinen Schutz vor Angriffen, was die letzten bekanntgewordenen Vergewaltigungen wieder gezeigt haben. Sie konnten tagsüber an belebten Orten stattfinden. Niemand fühlt sich verantwortlich und greift ein.

Tun wir uns zusammen und mischen wir uns ein!
Organisieren wir unseren Widerstand!

Sexistische Gewalt ist keine Privatsache und kein individuelles Problem, nicht die Tat eines einzelnen Durchgeknallten.

Wir sehen und hören nicht weg, wenn Frauen in unseren Wohnhäusern, an unseren Arbeitsplätzen, in der U-Bahn und und ... angegriffen, beleidigt, bedroht werden. Wir greifen ein !

DESHALB:
KOMMT AM FREITAG, 25.10.91, UM 19 UHR ZUM FRANKFURTER TOR MIT LICHTERN, WAS ZUM KRACH MACHEN UND WAS EUCH SONST NOCH ALLES EINFÄLLT ZUM LAUTSTARKEN ZUG DURCH FRIEDRICHSHAIN UND SO36. BIS DANN!

Route: Frankfurter Tor, Niederbarnim, Boxhagener, Gärtner, Grünberger, Simon-Dach, Kopernikus, Warschauer, Oberbaumbrücke, Falkenstein, Skalitzer, Lausitzer, Reichenberger, Kottbusser Tor.

V.i.S.d.P.: Autonome Frauen- und Lesbenzusammenhänge, Gneisenaustr. 2a, W-1/61